

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationzentrum Wirtschaft  
*The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics*

Maurer, Rainer; Sander, Birgit; Schatz, Klaus-Werner; Schmidt, Klaus-Dieter

Working Paper

## Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland: Erster Bericht

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 168

**Provided in cooperation with:**

Institut für Weltwirtschaft (IfW)

Suggested citation: Maurer, Rainer; Sander, Birgit; Schatz, Klaus-Werner; Schmidt, Klaus-Dieter (1991) : Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland: Erster Bericht, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 168, <http://hdl.handle.net/10419/475>

**Nutzungsbedingungen:**

Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche, räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen der unter

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen> nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die erste Nutzung einverstanden erklärt.

**Terms of use:**

*The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use the selected work free of charge, territorially unrestricted and within the time limit of the term of the property rights according to the terms specified at*

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>  
*By the first use of the selected work the user agrees and declares to comply with these terms of use.*

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

Dr. Lehment

K I E L D I S C U S S I O N P A P E R S

168

Deutsches Institut für  
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für Weltwirtschaft  
an der Universität Kiel

# Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland

Erster Bericht

## Inhaltsverzeichnis

<b>I. Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft in Ostdeutschland . . .</b>	<b>3</b>
<b>II. Industrie . . . . .</b>	<b>4</b>
<b>III. Osthandel . . . . .</b>	<b>7</b>
<b>IV. Bauwirtschaft . . . . .</b>	<b>10</b>
<b>V. Dienstleistungen . . . . .</b>	<b>12</b>
<b>VI. Eine Gesamtrechnung . . . . .</b>	<b>25</b>
<b>VII. Zur Finanzlage von Ländern und Gemeinden in Ostdeutschland . . . . .</b>	<b>29</b>
<b>VIII. Wirtschaftspolitische Überlegungen . . . . .</b>	<b>30</b>
<b>IX. Anhang . . . . .</b>	<b>33</b>
1. Zur wirtschaftlichen Lage im Dienstleistungssektor — Ergebnisse einer Befragung . . . . .	33
2. Fallstudien im verarbeitenden Gewerbe . . . . .	35
3. Anhangschaubilder . . . . .	36

---

Dieser Bericht wurde Ende Februar 1991 abgeschlossen. Vom Institut für Weltwirtschaft haben Rainer Maurer, Birgit Sander, Klaus-Werner Schatz und Klaus-Dieter Schmidt mitgewirkt. Der Beitrag wird auch vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, in den DIW-Wochenberichten, 12/91, veröffentlicht.

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland** / Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin ; Institut für Weltwirtschaft Kiel.-Kiel : Inst. für Weltwirtschaft.  
NE: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung < Berlin >  
Bericht 1 (1991)

(Kieler Diskussionsbeiträge ; 168

ISBN 3-89456-004-5

NE: GT



Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Postfach 43 09, D-2300 Kiel 1

Alle Rechte vorbehalten

Ohne ausdrückliche Genehmigung ist es auch nicht

gestattet, den Band oder Teile daraus

auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen

Printed in Germany

ISSN 0455 - 0420

*Der Bundesminister für Wirtschaft hat mit Schreiben vom 19. Oktober 1990 dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, und dem Institut für Weltwirtschaft, Kiel, einen Forschungsauftrag mit dem Titel "Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland" erteilt. Für den Auftrag ist eine Laufzeit von zwei Jahren vorgesehen, innerhalb derer in vierteljährlicher Folge ein Bericht zu erstellen ist. Die Institute legen hiermit ihren ersten Bericht vor.*

*Wie von vornherein erwartet, erwies sich das Forschungsvorhaben als äußerst schwierig. Das statistische Berichtssystem in Ostdeutschland befindet sich im Umbruch, das alte System gibt es nicht mehr, das neue ist noch nicht aufgebaut. Die von der amtlichen Statistik bereitgestellten Daten sind spärlich; darüber hinaus sind sie trügerisch, teils weil methodische Probleme nicht gelöst sind, die mit dem Übergang von der alten zu der neuen Wirtschaftsordnung verbunden sind, teils weil der Kreis der berichtenden Einheiten sich stark verändert hat.*

*Die Institute haben versucht, durch eigene Schätzungen, Erhebungen, Befragungen und die Auswertung nichtamtlicher Quellen gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse, die derzeit in Ostdeutschland ablaufen, darzustellen und stärker aufzuhellen, als dies anhand der amtlichen Statistik allein möglich ist. Um mehr als einen ersten Versuch konnte es dabei nicht gehen. Wir meinen, daß die Ergebnisse für die Wirtschaftspolitik durchaus bedeutsam sind. Sie bestärken die Institute in ihrer Vorgehensweise.*

*In dem vorliegenden Bericht befassen wir uns vorwiegend mit der Industrie, dem Baugewerbe und den Dienstleistungen; die Untersuchungen sollen künftig auch die Land- und Energiewirtschaft umfassen. Im Falle der Dienstleistungen sind wir, anders als bei Industrie und Baugewerbe, näher auf die Bedingungen des alten Systems eingegangen, weil hier die Informationsdefizite besonders groß gewesen sind.*

*Die Institute legen auch Kerndaten einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Ostdeutschland vor. Sie sind sich bewußt, daß diese Daten auch für die Jahre 1989 und 1990 sehr unsicher sind, für das Jahr 1991 stellen sie lediglich ein Szenario dar. Die Institute wollen mit diesen Daten für den Leser nachvollziehbar aufzeigen, was sie ihren Überlegungen in quantitativer Hinsicht zugrunde gelegt haben.*

*Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung und das Institut für Weltwirtschaft haben bei diesem Bericht zusammengearbeitet mit der Bauakademie, Berlin, der Forschungsstelle für den Handel, Berlin, dem Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung, Berlin und dem Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung der Fraunhofergesellschaft, Karlsruhe. Diesen Instituten danken wir für ihre Mitarbeit.*

## **I. Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft in Ostdeutschland**

In der ostdeutschen Wirtschaft gibt es, nach dem drastischen Einbruch von Produktion und Beschäftigung im Gefolge der Wirtschafts- und Währungsunion, im Winterhalbjahr 1990/1991 keine Zeichen einer Erholung. Vieles deutet sogar auf eine weitere Verschlechterung hin; neben internen Faktoren, die die Umstellung hemmen, gehören dazu auch beträchtlich ungünstigere weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen.

Das zwischen den RGW-Ländern Mittel- und Osteuropas nach dem 2. Weltkrieg entstandene System des organisierten Güteraustausches ist zusammengebrochen. In jedem der Länder hat die Wirtschaft einen tiefen Niedergang mitgemacht, nur für einzelne gibt es Hoffnung auf Stabilisierung. Der ostdeutschen Wirtschaft droht damit der Verlust ihrer traditionellen Absatzgebiete und eine beträchtliche Verschärfung der Lage.

Hinzu kommt, daß die konjunkturelle Entwicklung in den westlichen Industrieländern sich spürbar abgeschwächt hat, in den USA und in Großbritannien bis hin zur Rezession, in manchen Ländern Kontinentaleuropas bis zur Stagnation. Als Folge sind die Ausfuhren der westdeutschen Wirtschaft (ohne Ausfuhren nach Ostdeutschland) schon im vergangenen Jahr nicht mehr gestiegen. Für das laufende Jahr ist mit einem Abflachen der Konjunktur auch in Westdeutschland zu rechnen, weil sich — nicht zuletzt aufgrund der beschlossenen Abgabenerhöhungen — die bislang die Konjunktur tragenden internen Auftriebskräfte abschwächen. Das gedämpfte konjunkturelle Expansionstempo wirft die Gefahr auf, daß die Neigung westdeutscher Unternehmen nachläßt, in Ostdeutschland zu investieren.

Alles in allem sind die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft in Ostdeutschland nun ungünstiger als zur Zeit der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion. Die Wirtschaftspolitik steht damit vor noch schwierigeren Aufgaben als damals gedacht.

## II. Industrie

Die Lage der ostdeutschen Industrie ist besorgniserregend. Legt man die amtlichen Zahlen über die Industrieproduktion in den neuen Bundesländern zugrunde, so ist festzustellen, daß im Durchschnitt des Jahres 1990 das Produktionsniveau um rund 30 vH niedriger war als 1989 (Tabelle 1). Zwar war im ersten Halbjahr — bei offiziellen Wechselkursen von 1:3 bzw. 1:2 — schon eine rückläufige Nachfrage spürbar, der Zusammenbruch der Märkte vollzog sich aber schlagartig mit Beginn der Währungsunion. Die Unternehmen in Ostdeutschland hatten dem Ansturm der westlichen Konkurrenz von Anfang an sowohl im Inland wie im westlichen Ausland nichts entgegenzusetzen.

Tabelle 1 — Entwicklung der industriellen Warenproduktion in den neuen Bundesländern 1986–1990 (vH)

	Struktur Juli 1990	Veränderung gegenüber Vorjahr								
		1986	1987	1988	1989 <sup>a</sup>	1990 <sup>a</sup>	1990			
							I	II	III	IV
Industrie insgesamt	100	3,0	2,9	3,0	2,2	-28,0	-4	-10	-48	-51
Energie- und Brennstoffindustrie	11	2,3	1,3	0,7	-0,1	-24,3	-5	-12	-43	-39
Chemische Industrie	12	2,2	1,5	3,4	2,4	-30,0	-8	-14	-47	-51
Metallurgie	6	3,7	3,1	-0,5	-0,2	-38,0	-6	-13	-64	-71
Baumaterialienindustrie	4	3,0	1,9	3,3	0,7	-32,2	-5	-4	-54	-68
Wasserwirtschaft	2	2,3	-0,1	1,6	2,8	-0,6	4	3	-3	-5
Maschinen- und Fahrzeugbau	31	4,5	3,3	4,3	3,7	-18,9	-7	0	-35	-36
Elektrotechn./Elektronik/Gerätebau	10	7,2	10,6	9,0	8,0	-24,1	-4	-3	-42	-49
Leichtindustrie	9	3,2	3,2	4,9	2,0	-31,0	-3	-15	-54	-53
Textilindustrie	3	3,4	3,0	2,4	3,0	-33,5	-4	-17	-54	-61
Lebensmittelindustrie	13	2,6	0,5	0,8	1,1	-34,6	-3	-16	-60	-57

<sup>a</sup>Die Jahreszahlen für 1989 und 1990 sind nur bedingt vergleichbar.

Quelle: Statistisches Amt der DDR und Statistisches Bundesamt.

Die stärkste Schrumpfung der Produktion ist in den konsumnahen Branchen Textil-, Lebensmittel- und Leichtindustrie zu beobachten. Die Hinwendung der Bürger der neuen Bundesländer zu westlichen Konsumgütern ist hierfür der Grund. Produktionseinbrüche gibt es auch in der Metallurgie und der eisen-,

blech- und metallverarbeitenden Industrie. Dort ist eine Ursache ebenfalls das Wegbrechen des Inlandsmarktes bei Konsumgütern. Aber auch die schwierige Lage in anderen Bereichen, denen sie zuliefert, wie der Automobilindustrie, dem Landmaschinenbau, der Möbelindustrie und der Textilherstellung sowie der drastische Rückgang der traditionellen Exporte in die osteuropäischen Länder spielen eine Rolle.

Weniger stark waren dagegen die Produktionsrückgänge in den Bereichen Chemie (mit einem Anteil von 12 vH an der gesamten industriellen Produktion), Maschinen- und Fahrzeugbau (31 vH) und Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau (10 vH). In diesen Bereichen, geprägt durch große Kombinate, waren offensichtlich noch Großaufträge abzarbeiten, so daß die Produktionstätigkeit weniger spektakulär zurückgenommen wurde (vgl. Anhangschaubilder und Anhang 2). Beispiele dafür sind die Automobilbetriebe, deren Produktion zu Beginn dieses Jahres ausgelaufen ist, oder der Schiffbau, der noch eine Reihe von Schiffen fertigzustellen hat. Wegen der zögerlichen Bezahlung von Importen, insbesondere von Werkzeugmaschinen, durch die Sowjetunion wurde aber inzwischen die Produktion auch in anderen Bereichen zurückgenommen.

Die unterschiedliche Entwicklung der Produktion spiegelt sich auch in der Entwicklung der Kurzarbeit wider (Tabelle 2). Im Januar 1991 arbeitete im Durchschnitt ein Drittel der Beschäftigten in der Industrie kurz. Darunter ragten die Metallerzeugung und -verformung, die Textil- und Bekleidungsindustrie sowie die Chemie mit einer Kurzarbeiterquote von über 50 vH heraus.

Tabelle 2 — Kurzarbeiter nach ausgewählten Wirtschaftszweigen im Januar 1991 (vH)<sup>a</sup>

Metallurgie	55
Maschinenbau	33
Straßenfahrzeugbau	30
Elektrotechnik	39
Textil, Bekleidung	52
EBM-Waren	33
Bergbau	36
Holz	32
Bau	17
Chemie	54

<sup>a</sup> Anteil an allen Beschäftigten im Jahr 1989; die ausgewiesenen Quoten unterzeichnen das Ausmaß der Kurzarbeit.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Angesichts der desolaten Lage der meisten Betriebe ist die Umstrukturierung durch Investitionen in neue Anlagen und neue Produkte bisher kaum in Gang gekommen. Die Betriebe haben durchaus Anstrengungen zur Kostensenkung unternommen: Unternehmensfremde Bereiche wie Krankenversorgung, Kindergärten, Ferienheime, Kantinen oder Bibliotheken wurden häufig aufgegeben und zum Teil von den Kommunen übernommen. Davon dürften 10 vH der Beschäftigten betroffen gewesen sein. In ähnlicher Größenordnung wurde die Beschäftigung in den Bereichen Spedition, Baukolonnen und Reparaturwerkstätten abgebaut, die oftmals als eigenständige Unternehmen privat weitergeführt werden. Daneben wurde im Rahmen von Sanierungskonzepten die Produktpalette radikal gestrafft, um mit wenigen Produkten überlebensfähig zu sein. Vielfach wurden Fertigungsbereiche rechtlich aus den Unternehmen ausgegliedert. In einigen Fällen wurden solche Betriebsstätten von westdeutschen Unternehmen übernommen — gleichsam als "verlängerte Werkbänke". Das Motiv sind Kapazitätsengpässe in den eigenen Betrieben und die noch niedrigen Lohnkosten in Ostdeutschland. Auch Änderungen der horizontalen Organisation dienten dazu, unproduktive Aktivitätsbereiche auszugliedern. Generell wurde die Belegschaft in den befragten Unternehmen nach erfolgter Privatisierung um bis zu zwei Drittel reduziert.

Ungelöst ist fast überall die zentrale Aufgabe, durch Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen und durch Investitionen in Sach- und Humankapital neue Produkte zu entwickeln. Die Aufwendungen und das Personal für Forschung- und Entwicklung werden abgebaut, teilweise in einem solchen Maße, daß Produkt- und Fertigungsinnovationen kaum noch möglich sind. Darüber hinaus werden aus beschäftigungspolitischen Erwägungen Materialbestände verarbeitet, ohne daß für diese Produkte eine Nachfrage besteht. Die von der Treuhandanstalt verbürgten Kredite dienen dann nur der Lohnzahlung. Daß Kreditlinien gleichwohl nicht immer ausgeschöpft werden, kann daran liegen, daß viele Unternehmen bei Kurzarbeit "Null" die variablen Kosten drastisch gesenkt haben und die fixen Kosten mit unternehmensfremden Tätigkeiten wie Grundstücksverkäufen und Vermietungen abdecken. Auch werden gelegentlich inländische Verbindlichkeiten nicht mehr beglichen, Forderungen aus Exporten indes noch realisiert.

Eine Einschätzung der Entwicklungschancen einzelner Branchen ist noch schwierig. Auf der Basis der Ergebnisse der Expertengespräche und anderer Informationen lassen sich aber erste Tendenzen ableiten. Gemessen an der Entwicklung der Industrie insgesamt, dürften sich folgende Bereiche verhältnismäßig gut entwickeln:

- von der Bautätigkeit abhängige Branchen wie Steine und Erden haben dann Chancen zu einer Produktionsbelebung, wenn es gelingt, den Baubedarf vor allem im öffentlichen Bereich in Nachfrage und Produktion umzusetzen; das gilt auch für Teile der Telekom-Industrie oder den Stahlbau;
- Unternehmen, die auf regional begrenzten Märkten operieren wie Handwerks- und Reparaturbetriebe, Druckereien und Zweige der Nahrungs- und Genußmittelindustrie;
- Unternehmen, die sich bereits vor der Öffnung der Grenzen auf die Nachfrage des Weltmarktes spezialisiert haben, wie das für Teile des Spezialmaschinen- und Anlagenbaus sowie der feinmechanischen und optischen Industrie gilt, haben dann Überlebenschancen, wenn sie ihre Produktivität deutlich verbessern.

Auf westliche Kooperationspartner besonders angewiesen sind Unternehmen im Maschinenbau, im Straßenfahrzeugbau und im Waggonbau. Sie können entweder — mit deutlich verringerter Beschäftigung — Werkverträge für westliche Firmen übernehmen oder in Osteuropa Absatzchancen wahrnehmen. Im Maschinenbau besteht indes ein strukturelles Problem: Die Anlagen sind meistens auf Großserienbau ausgelegt, der jetzt nicht mehr wirtschaftlich ist. Insofern kommt eine Sanierung durch schlichte Reduzierung der Stückzahl nicht in Betracht.

Relativ schlecht dürften die Perspektiven in folgenden Bereichen sein:

- in Industrien, die standardisierte Erzeugnisse in Großserien fertigen und dabei einem starken Lohnkostendruck ausgesetzt sind, wie bei Textilien, Bekleidung, Schuhen und Spielwaren;
- in der chemischen Industrie, die kaum marktfähige Produkte herstellt; hinzu kommen hier veraltete Produktionsanlagen;
- in weiten Bereichen der Elektroindustrie, die trotz enormer Anstrengungen schon vor der Öffnung der Grenzen den Anschluß an das Weltmarktniveau nicht geschafft haben;
- im Schiffbau, der sich in hohem Maße auf den Ostmarkt spezialisiert hat und hier einen Nachfragerückgang zu erwarten hat, ohne daß er kurzfristig neue Märkte erschließen kann;
- in der Stahlindustrie, die nur mit Hilfe westlicher Investoren modernisiert und wettbewerbsfähig gemacht werden kann; dies ist in Anbetracht weltweit noch immer zu großer Stahlkapazitäten aber nicht zu erwarten.

Die Eröffnungsbilanzen der Unternehmen können in einer solchen Situation kaum Informationen über Wert und Wettbewerbsfähigkeit der Firmen geben. Viele Sanierungskonzepte sind fragwürdig. Konzepte,



die lediglich auf eine Straffung der Produktpalette oder auf Fertigung in fremdem Auftrag zielen, sind eine nur kurzfristig tragfähige Strategie, zumal bei dem raschen Anstieg der Löhne Kostenvorteile wegschmelzen werden. Überlebensfähig werden allein die Unternehmen sein, die gleichzeitig Produktpalette und Fertigung modernisieren können. Ebenfalls müssen neue Vertriebswege aufgebaut werden. Dies ist freilich im wesentlichen nur mit Hilfe von Investitionen und Know-how aus dem Westen möglich.

Anreize für westliche Unternehmen sind vorwiegend das relativ gut ausgebildete Arbeitskräftepotential sowie die Perspektive, neue, insbesondere regionale Märkte erschließen zu können. Das Engagement von Investoren aus Westdeutschland und dem westlichen Ausland war aber bisher gering; die Privatisierung volkseigener Betriebe geht nur schleppend voran. Dies ist auch auf zahlreiche Investitionshemmnisse zurückzuführen:

- Die für moderne Produktionsanlagen notwendige (komplementäre) Infrastruktur fehlt allenthalben.
- Das Problem "Eigentumsrestitution versus Kompensation" ist zwar weitgehend legislativ, nicht aber juristisch geklärt.
- Die administrativen Entscheidungsprozesse dauern zu lange.
- Die westlichen Unternehmen scheuen die Übernahme größerer betrieblicher Einheiten, weil für ihre Bedürfnisse die Bauten und Anlagen zu groß sind und der Personalstand zu hoch ist.
- Schließlich gibt es Verzögerungen bei der Privatisierung. Die Treuhandanstalt ist in vielerlei Hinsicht überfordert. Sie hat sich erst jetzt organisatorisch gefestigt; die Informationsaufnahme und -verarbeitung erreicht erst allmählich das erforderliche Niveau. Damit fehlten bislang wichtige Voraussetzungen für eine effiziente Geschäftsabwicklung. Das gilt auch für die Transparenz in bezug auf die verwalteten Unternehmen, die für flexible und umfassende Privatisierungs- und Sanierungsstrategien unbedingte Voraussetzung ist.

Auch wenn diese Barrieren schnell beseitigt werden, dauert es, bis Modernisierungsmaßnahmen bei Produktion und Arbeitsplätzen spürbar werden. Es vergeht viel Zeit zwischen dem Verlust bisheriger Märkte und der Schaffung neuer Märkte. Dies macht die Lage der Industrie so prekär. Die Unternehmen haben zur Entwicklung wettbewerbsfähiger Produkte weder die notwendige Zeit, noch schaffen sie es ohne Hilfe von außen. Außerdem verfügen die Firmen weder über die finanziellen Mittel noch über das Know-how, um die erforderliche Anpassung bewältigen zu können; sie sind deshalb auf Unterstützung angewiesen.

Angesichts dieser Situation wird selbst unter der Voraussetzung, daß der Export nach Osteuropa bei 10 Mrd. DM stabilisiert werden kann, die Produktionstätigkeit in der Industrie im laufenden Jahr nur noch gut ein Drittel des Wertes von 1989 erreichen. Die Beschäftigung in der Industrie geht stark zurück. Es ist zu befürchten, daß auch bei flankierenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen am Jahresende 1991 im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe nicht einmal mehr 2 Mill. Menschen arbeiten werden; Anfang 1989 waren es noch über 3,5 Millionen. Zu berücksichtigen ist, daß die Kurzarbeit hoch bleiben wird und erhebliche, schon vereinbarte Arbeitszeitverkürzungen in Kraft treten werden.

### III. Osthandel

Der DDR-Außenhandel war vor allem durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

- Bei den Exporten und Importen bestand eine starke regionale Ausrichtung auf die RGW-Länder.
- Sowohl im Intra-Block-Handel als auch im West-Handel der DDR gab es mit der UdSSR und der Bundesrepublik jeweils einen den Handel prägenden Partner.

— Bei den Exporten dominierten die Investitionsgüter (Maschinen- und Fahrzeugbau), bei den Importen waren Roh- und Brennstoffe die wichtigste Position.

Die Exportquote der Industrie der DDR betrug 1988:24 vH (Tabelle 3). In die sozialistischen Länder wurden 14 vH der industriellen Warenproduktion ausgeführt. Von den gesamten Ost-Exporten entfielen seit Mitte der achtziger Jahre knapp 60 vH auf Maschinen und Transportausrüstungen. Allein die Erzeugnisse des Maschinen- und Fahrzeugbaus machten 1988 nach der Branchengliederung der DDR-Industrie 50 vH aller Ausfuhren in die sozialistischen Länder aus. Es folgten mit 18 vH die Chemie, mit 14 vH der Elektrogerätebau und mit zusammen 14 vH die Leicht- und die Textilindustrie (Tabelle 4).

Tabelle 3 — Exportquoten<sup>a</sup> der Industrie der DDR 1988 (vH)

	Alle Länder	Sozialistisches Wirtschaftsgebiet	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
Industrie insgesamt	23,8	13,7	10,1
Energie- und Brennstoffindustrie	2,1	1,0	1,0
Chemische Industrie	26,2	11,5	14,7
Metallurgie	18,5	4,0	14,5
Baumaterialienindustrie	9,1	4,5	4,6
Maschinen- und Fahrzeugbau	36,4	29,5	6,9
Elektro- und Gerätebau	25,5	16,9	8,6
Leichtindustrie	27,2	11,6	15,5
Textilindustrie	20,1	10,2	9,9
Lebensmittelindustrie	2,9	0,8	2,1

<sup>a</sup>Export in vH der industriellen Warenproduktion.

Quelle: IAW, DIW.

Tabelle 4 — Industriebeschäftigte für den Export der DDR in sozialistische Länder 1988

	Export in sozialistische Länder	Exportquote <sup>b</sup> sozialistische Länder	Beschäftigte Personen <sup>c</sup>	
			insgesamt	darunter: für den Export in sozialistische Länder
	Mill. M <sup>a</sup>	vH	1000	
Industrie insgesamt	55011,2	13,7	3213,8	496
Energie- und Brennstoffindustrie	403,2	1,0	229,2	2
Chemische Industrie	9868,0	11,5	335,0	39
Metallurgie	1949,2	4,0	137,6	6
Baumaterialienindustrie	54,8	4,5	93,8	4
Maschinen- und Fahrzeugbau	27087,0	29,5	970,1	290
Elektro- und Gerätebau	7657,5	16,9	463,3	78
Leichtindustrie	5145,9	11,6	491,7	57
Textilindustrie	2694,4	10,2	216,5	22
Lebensmittelindustrie	151,2	0,8	276,6	2

<sup>a</sup>Betriebspreise. — <sup>b</sup>Export in vH der industriellen Warenproduktion (Betriebspreise). — <sup>c</sup>Arbeiter und Angestellte (einschließlich Heimarbeiter, ohne Lehrlinge) im Jahresdurchschnitt (ohne Wasserwirtschaft).

Quelle: IAW, DIW.

Die — direkten und indirekten — Beschäftigungseffekte des Osthandels der ehemaligen DDR sind nicht exakt zu beziffern; 500000 direkt Beschäftigte sind allerdings als Untergrenze anzusehen, das bedeutet einschließlich der in der Zulieferindustrie Berufstätigen, daß 900000 bis 1 Mill. Arbeitsplätze von diesem Handel abhängig sind. Hiervon kann mehr als die Hälfte dem Handel mit der Sowjetunion zugerechnet werden (Tabelle 4).

Der Ausfall des Exportmarktes Sowjetunion hätte den Verlust von 600000 Arbeitskräften zur Folge; dies hätte auch branchenspezifisch und in regionaler Hinsicht enorme Konsequenzen. Beispielhaft für die regionale und einzelbetriebliche Betroffenheit ist die Situation im Schiffbau und im Schienenfahrzeugbau: Allein in den drei Werften Stralsund, Wolgast, Warnemünde waren 1988 rund 20000 Beschäftigte für den Export in die Sowjetunion tätig. Die Stralsunder Werft lieferte 1988 ihre Produkte zu 95 vH und die Wolgaster zu 75 vH in die Sowjetunion. Zu den Einzelbetrieben mit dem größten Export in die UdSSR gehörten auch die Waggonbaubetriebe in Dessau und Ammendorf (mehr als 3500 bzw. fast 5000 Beschäftigte). Dessau lieferte 80 vH seiner Produktion in die UdSSR, und Ammendorf produzierte ausschließlich für diesen Markt. Aus regionaler Sicht erscheint ein Zusammenbruch des Waggonbaus besonders problematisch, weil das Gebiet durch die Freisetzung von Arbeitskräften in den Chemiebetrieben ohnehin extrem betroffen ist.

Analysiert man die Entwicklung des Osthandels im Jahr 1990, so ergibt sich folgendes Bild: Die Einfuhr ging im ersten Halbjahr um rund 15 vH zurück, von Juli bis Oktober war der Rückgang mit über 70 vH geradezu dramatisch. Bei der Ausfuhr insgesamt war im ersten Halbjahr eine Stagnation zu verzeichnen, danach gab es noch einmal deutliche Zuwachsraten. Die positive Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte 1990 ist allerdings allein dem Export in die Sowjetunion zuzuschreiben; zu ihr hat auch der Absatz vorher nicht gehandelter Produkte wie Erzeugnisse der Landwirtschaft und der Schuhindustrie beigetragen.

In Transferrubeln (TRbl) schloß der Osthandel im vergangenen Jahr mit einem erheblichen Plus ab (etwa 10 Mrd. TRbl = 20–25 Mrd. DM). Hauptschuldner blieb mit deutlichem Abstand die Sowjetunion (rund 15 Mrd. DM). Die Bundesregierung und die sowjetische Regierung haben sich vertraglich verpflichtet, bis zum 30. Juni 1991 eine Lösung des Schuldenproblems zu finden; die Handelsaussichten sollen bis 1995 nicht erschwert werden.

Von den Sonderfaktoren, die den Osthandel in der zweiten Jahreshälfte 1990 geprägt haben, ist an erster Stelle das Verrechnungsregime des TRbl zu nennen. Die Bundesregierung hatte das zwischen der ehemaligen DDR und den RGW-Ländern gültige Regime nach Einführung der Währungsunion bis zum Jahresende 1990 verlängert. Der Kurs des TRbl wurde im Verhältnis 1:2 (D-Mark zu Mark) von 4,67 Mark der DDR auf 2,34 DM "abgewertet". Diese Regelung bedeutete für die ostdeutschen Exporteure, deren Kosten nach der Währungsumstellung zudem eher gestiegen waren, eine beträchtliche Minderung der Erlöse (1 Mark: 1 DM gerechnet). Die Verluste aus solchen Geschäften wurden von der öffentlichen Hand erstattet. 1600 Unternehmen haben Anträge auf Exportstützungen über eine Gesamtsumme von 6 Mrd. DM gestellt. Das Bundesamt für Wirtschaft und die Treuhandanstalt haben bisher 3,5 Mrd. DM an ostdeutsche Exporteure gezahlt; überwiegend dürfte dabei die Ausfuhr in die UdSSR subventioniert worden sein. Seit Jahresbeginn wird im gesamten RGW-Bereich der Handel in konvertiblen Währungen abgewickelt. Für die ostdeutsche Industrie bedeutet dies eine schlagartige Verteuerung ihrer Produkte im Handel mit osteuropäischen Ländern. Die Entwicklungschancen für den ehemaligen Intra-block-Handel im Jahr 1991 müssen deshalb sehr skeptisch eingeschätzt werden. Von vielen wird ein völliger Zusammenbruch des Absatzmarktes UdSSR befürchtet. Nur wenige Unternehmen haben die Hoffnung, mit ihren Gütern auf die sogenannte indikative Liste<sup>1</sup> zu gelangen. Selbst bei Konsumgütern oder konsumnahen

1

Es handelt sich dabei um eine "Wunsch"-Liste der sowjetischen Regierung über Einkaufsprioritäten in der ehemaligen DDR; diese Liste ist rechtlich nicht bindend.

Investitionsgütern — z.B. Textilien, Bekleidungszeugnissen, Möbeln, Textilbearbeitungsmaschinen — bleiben derzeit Aufträge aus der Sowjetunion aus, trotz der katastrophalen Versorgungslage dort. Selbst die im zentralen Plandokument enthaltene Forderung, Devisen vorrangig für die Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, ist offenbar nicht zu verwirklichen.

Eine Mitte Februar 1991 vom IAW durchgeführte telefonische Kurzumfrage in 168 Unternehmen zur Situation des Exportes in die Sowjetunion (der Export in andere ost- und mitteleuropäische Länder tendierte schon 1990 gegen Null) ergab, daß drei Viertel aller befragten Unternehmen damit rechnen, daß ihr Export in die Sowjetunion um mindestens zwei Drittel zurückgehen wird.

Nach Aussagen der befragten Experten ist die künftige Entwicklung des Exports in die osteuropäischen Länder in erster Linie ein Devisenproblem. Zudem sei die Konkurrenz — aus Japan, Frankreich und Italien — schon spürbar. Die durch Sonderkonditionen an die prekäre Zahlungslage der UdSSR angepaßten Hermes-Bürgschaften (Deckung des Kreditrisikos zu 100 vH, keine Begrenzung des Plafonds nach oben, Verlängerung der tilgungsfreien Zeit auf höchstens 3 Jahre und der Kreditlaufzeit auf maximal 10 Jahre, abhängig von Warenart, Auftragnehmer und jeweiliger Kreditlaufzeit) konnten noch nicht in Anspruch genommen werden, weil sich die sowjetische Außenhandelsbank geweigert hat, eine Rückzahlungsgarantie zu übernehmen. Bisher liegen Vertragsangebote von über 9 Mrd. DM vor.

#### IV. Bauwirtschaft

Alle Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung im Beitrittsgebiet fußen auf der Annahme, daß die Bauwirtschaft einer der wenigen Sektoren sein würde, die nach einer relativ kurzen Anpassungsphase mit einem raschen Anstieg von Produktion und Beschäftigung rechnen könnten. Riesige Nachfragepotentiale nährten diese Annahme — Rekonstruktion, Erhalt und Neubau von Wohnungen, Ausbau und Modernisierung der staatlichen Infrastruktur, Investitionen der gewerblichen Wirtschaft. Die Größenordnung des Bedarfs erreicht dreistellige Milliardenbeträge.

Tatsächlich durchläuft auch die Bauwirtschaft eine Anpassungskrise, und der Wendepunkt der Produktion muß wohl zeitlich verschoben werden. Die Krise in der ostdeutschen Bauwirtschaft hat nicht nur nachfrageseitige Ursachen, sondern ist auch angebotsbedingt. Westdeutsche Unternehmen treten im Beitrittsgebiet immer häufiger als Konkurrenten auf und erhalten auch den Zuschlag auf ihr Angebot; Erfolge in umgekehrter Richtung sind eher selten. Die Baunachfrage ist durch stagnierende Auftragseingänge — zumindest im Bauhauptgewerbe — gekennzeichnet; Auftragsbestand sowie die Reichweite des Auftragsbestands sind seit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion kontinuierlich gesunken (Tabelle 5). Die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter hat auch in der Bauwirtschaft erheblich zugenommen.

Tabelle 5 — Auftragseingänge und -bestand im Bauhauptgewerbe 1990

	Auftragseingang	Auftragsbestand	Reichweite des Auftragsbestands
	Mill. DM		Monate
Juli	829	7742	5,6
August	1011	7850	3,8
September	1359	7655	3,2
Oktober	1093	6650	2,8
November	1089	6118	2,5

Quelle: Gemeinsames Statistisches Amt der neuen Bundesländer.

Eine Verlaufsanalyse für 1990 zeigt, daß die Bauproduktion schon im ersten Halbjahr um etwa 10 vH unter dem Vergleichszeitraum des Vorjahres lag. Die Anzahl der gebauten Wohnungen war um fast ein Drittel zurückgegangen, die Anzahl der modernisierten Wohnungen hatte sich auf ein Drittel reduziert. Insgesamt sind die Wohnungsbauaktivitäten im ersten Halbjahr um mehr als ein Drittel zurückgegangen. Die Beschäftigung in der Bauwirtschaft reduzierte sich von Januar bis Juni 1990 um rund 100000 Personen. Im zweiten Halbjahr änderte sich die Geschäftslage nur wenig, auch wenn sich der Rückgang etwas abflachte. Im Wohnungsbau hielt die Talfahrt an, vor allem im dritten Quartal war die Entwicklung steil nach unten gerichtet. Die Zahl der Beschäftigten in der Bauwirtschaft ist nochmals um über 50000 zurückgegangen, so daß binnen Jahresfrist rund 150000 Arbeitsplätze in diesem Sektor verloren gegangen sind. Freilich war diese Entwicklung nicht nur Reflex der schwachen Baunachfrage, sondern auch des Umwandlungs- und Rationalisierungsprozesses.

Differenziert man nach Bauhaupt- und Ausbaugewerbe, so werden unterschiedliche Verläufe sichtbar, stagnierende Produktion im Bauhauptgewerbe und eine zügige Aufwärtsentwicklung im Ausbaugewerbe (vgl. Tabelle 6).

Tabelle 6 — Umsatz und Produktion der Bauwirtschaft 1990 (Mill. DM)

	Bauhauptgewerbe		Ausbaugewerbe	
	Bauproduktion	Gesamtumsatz	Bauproduktion	Gesamtumsatz
Juli	1858	1551	246	210
August	2041	2309	296	293
September	2004	2615	311	323
Oktober	2050	2578	347	343
November	2008	2640	368	384

Quelle: Gemeinsames Statistisches Amt der neuen Bundesländer.

Auffällig ist, daß der Gesamtumsatz im Bauhauptgewerbe im Gegensatz zur Bauproduktion stark zugenommen hat. Offensichtlich sind in immer größerem Maße baufremde Leistungen verkauft worden; auch sind die Nachunternehmerleistungen anteilig am Umsatz gestiegen (Tabelle 7). Zudem ist die Zahl der Unternehmen, die in der Bauwirtschaft tätig sind, laufend gestiegen. Dies ist wohl ein Indiz dafür, daß die Entflechtung voranschreitet.

Tabelle 7 — Zahl der Unternehmen in der Bauwirtschaft 1990

	Bauhauptgewerbe	Ausbaugewerbe
Juli	1385	731
August	1482	785
September	1522	799
Oktober	1577	810
November	1602	813

Quelle: Gemeinsames Statistisches Amt der neuen Bundesländer.

Zum Jahresbeginn wurden die Aussichten der Branche von den einzelnen Unternehmen eher skeptisch beurteilt. Wichtigster Grund für diese Entwicklung sind die stockenden Auftragsvergaben von Ländern und Gemeinden; die Gemeinden sind laut Einigungsvertrag Träger des Mietwohnungsbaus und Investor in wichtigen Infrastrukturbereichen. Zeichen für eine objektive Verbesserung der Lage sind aber in Ansätzen erkennbar. So fangen die verschiedenen Förderprogramme der Bundesregierung allmählich an zu greifen.

Bei einer im Oktober 1990 durchgeführten Befragung war die Entflechtung der ehemaligen zentralgeleiteten Kombinate — ihr Anteil an der gesamten Bauproduktion betrug reichlich ein Fünftel — praktisch abgeschlossen. Dieser Prozeß ging einher mit der Auflösung der Kombinateleitungen, dem drastischen Abbau des Verwaltungspersonals, der Herauslösung der Bauprojektierungseinrichtungen, der Veränderung des Leistungsprofils auf die Bauhauptleistungen und der damit verbundenen Absplitterung von Tiefbau-, Ausbau- und technischen Dienstleistungskapazitäten. Diese Absplitterung ist zumeist identisch mit der Reorganisation ehemaliger Bauunternehmen, die zum Teil noch in der Nachkriegszeit bestanden haben. Es ist aber bereits jetzt abzusehen, daß die Mehrzahl der neugebildeten Bauunternehmen auf dem entstehenden Baumarkt zumindest bei Großprojekten nur in Verbindung mit einem Partner aus den alten Bundesländern im sogenannten "Tandemverfahren" eine echte Überlebenschance besitzt.

Schwierigkeiten im Anpassungsprozeß haben vor allem die ehemaligen bezirksgeleiteten Kombinate — ihr Anteil lag bei rund einem Viertel der Bauproduktion —, weil mit der Auflösung der Bezirke die bisherigen Auftraggeber weitgehend ausfielen. Die Reorganisation konzentrierte sich auf die Ausgliederung von kompletten Betriebsteilen mit einem speziellen Leistungsprofil, von Projektierungseinrichtungen, technischen Versorgungs- und Spezialeinrichtungen. Zugleich versuchte man, sich so weit wie möglich von der Beton-Fertigteilbauweise zu lösen und sich neuen Aufgaben der städtebaulichen Entwicklung und der Modernisierung zuzuwenden.

Noch die geringsten Anpassungsprobleme hatten offensichtlich die kleineren Bauunternehmer, die ehemaligen kreisgeleiteten Kombinate und Betriebe sowie die genossenschaftlichen Betriebe. Sie haben nur in relativ geringem Umfang Personal entlassen.

Das aktuelle Geschehen in der Bauwirtschaft wird beeinträchtigt durch

- die sehr zögerliche Vergabe von Bauaufträgen durch die öffentliche Hand,
- den langwierigen Entscheidungsprozeß bei ungeklärten Eigentumsfragen an Grundstücken,
- administrative Verzögerungen,
- die zu langsame Abwicklung der Veräußerung von Treuhandbetrieben,
- ungeklärte Rechtsfragen bei der Sanierung von Altanlagen,
- die Bevorzugung ehemaliger VE-Betriebe bei der Vergabe.

Von der Nachfrageseite werden positive Impulse erst im zweiten Halbjahr 1991 erwartet. Dabei ist unterstellt, daß sich die öffentliche Hand als Auftraggeber sehr viel stärker engagiert und die Vielzahl von Absichtserklärungen sich in konkreten Aufträgen an die Bauwirtschaft niederschlägt.

## V. Dienstleistungen

Der Dienstleistungssektor war in der sozialistischen Planwirtschaft das Stiefkind im Entwicklungsprozeß: Wirtschaftswachstum war weitgehend identisch mit einer Steigerung der Warenproduktion. Nur der Handel, das Transportgewerbe, die Nachrichtenübermittlung und einige wenige andere Dienstleistungsbranchen (wie Forschungsinstitute, Verlage, Reparaturbetriebe, Wäschereien) gehörten zu den "produzierenden Zweigen". Die sonstigen Dienstleistungsbereiche wie die Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, das Gesundheitswesen, das Körperpflegegewerbe, die diversen Beratungsdienste, die staatliche Verwaltung oder die gesellschaftlichen Organisationen galten als nicht produktiv.

Auch wenn es noch nicht möglich ist, Umfang und Struktur des Dienstleistungssektors in Ostdeutschland lückenlos zu dokumentieren — viele Tatbestände wurden und werden bislang von der amtlichen Statistik nicht nachgewiesen — lassen sich doch folgende Aussagen machen (vgl. Anhang 1):

- Defizite gab es vor allem bei solchen Dienstleistungen, die der sogenannten individuellen Konsumtion dienen. Zu nennen sind hier die Leistungen des Handels, des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes sowie der Reparatur- und Dienstleistungshandwerke. Ein relativ hohes Versorgungsniveau existierte dagegen bei Dienstleistungen zur Deckung der sogenannten gesellschaftlichen Konsumtion, etwa bei der gesundheitlichen, sozialen und kulturellen Betreuung der Bevölkerung.
- Stark unterentwickelt war die Arbeitsteilung bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Diese wurden größtenteils innerhalb der Kombinate selbst erbracht. Die Ausnahme bildete nur der Transportsektor.

Die Unterschiede zwischen Ostdeutschland und den alten Bundesländern spiegeln sich in der Struktur der Beschäftigung wider (Tabelle 8). Sie sind besonders krass bei den Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen sowie bei den sonstigen Dienstleistungsunternehmen. Dort gibt es einen großen Nachholbedarf.

Tabelle 8 — Zahl der Erwerbstätigen<sup>a</sup> im Dienstleistungssektor in den neuen und alten Bundesländern 1989<sup>b</sup>

	Erwerbstätige in			
	neuen	alten	neuen	alten
	Bundesländern			
	1000		je 1000 Einwohner	
Handel	731 <sup>c</sup>	3600	44	57
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	677	1559	41	25
Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen	50 <sup>d</sup>	852	3	14
Sonstige Dienstleistungsunternehmen	463 <sup>e</sup>	4126 <sup>f</sup>	28	66
Staat, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck	2506 <sup>g</sup>	5478	146	87
Insgesamt	4427	15615	259	249

<sup>a</sup>Erwerbstätige Personen (einschließlich Lehrlinge) im Inland. — <sup>b</sup>Jahresdurchschnitt. — <sup>c</sup>Einschließlich Außenhandel, ausschließlich Gaststätten und Beherbergungsgewerbe. — <sup>d</sup>Ohne Sozialversicherung. — <sup>e</sup>Ohne staatliches Gesundheits- und Veterinärwesen und ohne staatliches Bildungswesen. — <sup>f</sup>Einschließlich Wohnungsvermittlung. — <sup>g</sup>Einschließlich Nationale Volksarmee und übriger sogenannter X-Bereich.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Statistisches Amt der DDR; Gemeinsames Statistisches Amt der neuen Bundesländer; Schätzung des IfW.

Während bei vielen Dienstleistungen das Angebot quantitativ und qualitativ kurz gehalten wurde, sorgten niedrige Preise dafür, daß die Nachfrage hoch war. Nahezu alle Dienstleistungen wurden hoch subventioniert. Es klaffte ständig eine Lücke zwischen Dienstleistungsnachfrage und -angebot. Die Folge waren lange Wartezeiten oder häufig auch der Verzicht auf die Inanspruchnahme von Dienstleistungen.

Es konnte also damit gerechnet werden, daß mit dem Übergang zur Marktwirtschaft das Dienstleistungsangebot rasch ausgeweitet werden würde. Das ist auch geschehen, von bestehenden Unternehmen und vor allem von neuen Unternehmen. Aber die Nachfrage ist in vielen Bereichen spürbar zurückgegangen. Der Rückgang hängt zum einen mit Veränderungen im Ausgabenverhalten der privaten Haushalte zusammen — das neue Auto, das neue Fernsehgerät und die neue Waschmaschine stehen jetzt höher im Kurs als der Theaterbesuch oder das Essen im Restaurant. Zum anderen ist er eine Folge des Einbruchs der Industrieproduktion, der auch eine Reihe von Dienstleistungsbranchen wie den Handel oder das

Transportgewerbe trifft. Für viele Unternehmen im Dienstleistungssektor ist der Start in die Marktwirtschaft folglich recht mühsam.

### Die Rahmendaten

Der Expansionspielraum vieler Dienstleistungsbranchen ist vor allem durch die angespannte finanzielle Lage der privaten Haushalte begrenzt: Die Einkommen in den neuen Bundesländern sind vergleichsweise niedrig, und in der Summe sind sie, trotz kräftiger Lohnerhöhungen, bisher nicht nennenswert gestiegen. Der Anteil der Ausgaben für Dienstleistungen an den Gesamtausgaben ist seit Öffnung der Grenzen Ende 1989 kontinuierlich gesunken. Vor allem Haushalte von Arbeitnehmern haben deutlich weniger Geld für Dienstleistungen ausgegeben als früher (Tabelle 9).

Tabelle 9 — Anteil der Ausgaben für Dienstleistungen (ohne Miete) an den gesamten Verbrauchsausgaben ausgewählter privater Haushalte in den neuen Bundesländern 1990 (vH)

Haushaltstyp	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal
Haushalte von Arbeitern und Angestellten			
Familien ohne Kinder	16,3	14,3	13,7
Familien mit zwei Kindern	14,3	10,3	10,7
Haushalte von Rentnern <sup>a</sup>			
Einpersonenhaushalte	23,8	22,5	21,7
Zweipersonenhaushalte	14,2	8,9	11,5

<sup>a</sup>Ohne Arbeitseinkommen.

Quelle: Gemeinsames Statistisches Amt der neuen Bundesländer.

Für die Veränderungen im Nachfrageverhalten der privaten Haushalte gibt es im wesentlichen zwei Ursachen: die kräftige Anhebung der Preise bei den meisten Dienstleistungen und — nicht unabhängig davon — ein Wandel in den Präferenzen der Konsumenten weg von Dienstleistungen und hin zu hochwertigen Gebrauchsgütern. So wird inzwischen weit weniger Wäsche als früher außer Haus gewaschen, obwohl sich die vormals extrem langen Lieferfristen längst normalisiert haben. In diesem Fall wurde also die Inanspruchnahme (teurer gewordener) Fremdleistungen durch vermehrte Eigenleistung, häufig in Verbindung mit dem Kauf einer (inzwischen spürbar billiger gewordenen) Waschmaschine, ersetzt.

Zudem ist es auch zu einer regionalen Verlagerung der Dienstleistungsnachfrage gekommen. Ein beträchtlicher Teil der Kaufkraft der privaten Haushalte fließt in die alten Bundesländer: Im letzten Quartal 1990 betragen die Käufe von Waren und Diensten schätzungsweise 14 Mrd. DM, ein knappes Drittel des privaten Verbrauchs in den neuen Bundesländern. Betroffen sind davon vor allem der Einzelhandel und das Touristikgewerbe. Ähnliches gilt auch für die Nachfrage von Unternehmen, die zu einem großen Teil ebenfalls von westdeutschen Firmen gedeckt wird (Transport-, Versicherungs-, Beratungsdienstleistungen).

Die Expansion des Dienstleistungssektors wird zudem durch Angebotsengpässe behindert. Der mit Abstand größte Engpaß ist der Mangel an Gewerbeflächen und Gewerberäumen. Potentielle Dienstleistungsanbieter haben es ungemein schwer, geeignete Standorte zu finden. Dies hängt mit ungelösten Eigentumsproblemen zusammen, hat aber auch andere Ursachen, wie das Fehlen einer Bauleitplanung. Gewerbeflächen und -räume erscheinen deshalb häufig übersteuert. Die Mieten für Einzelhandelsimmobilien in ostdeutschen Großstädten reichen inzwischen nicht selten an die in westdeutschen Großstädten heran (Tabelle 10). Hohe Mieten machen nicht nur vielen neugegründeten, sondern auch vielen



eingesessenen Betrieben das Leben schwer. Im Wettbewerb um attraktive Standorte haben derzeit häufig solche Branchen die Nase vorn, in denen man "die schnelle Mark" verdienen möchte (Videotheken, Spielsalons, Imbißstuben).

Tabelle 10 — Durchschnittliche Quadratmetermieten im Einzelhandel in ost- und westdeutschen Großstädten (DM)

	Ostdeutschland				Westdeutschland		
	Citylage bis 100 m <sup>2</sup>	Fachmärkte 1000–2000 m <sup>2</sup>	Warenhäuser 4000–10000 m <sup>2</sup>		Citylage bis 100 m <sup>2</sup>	Fachmärkte 1000–2000 m <sup>2</sup>	Warenhäuser 4000–10000 m <sup>2</sup>
Berlin Ost	260-180	28-25	26-22	München	400-350	40-30	30-25
Leipzig	190-120	27-22	24-20	Stuttgart	360-290	35-28	25-22
Dresden	180-120	22-20	22-20	Köln	350-300	25-20	22-18
Chemnitz	140-80	20-18	18-17	Berlin	320-290	38-30	29-25
Magdeburg	130-170	20-18	18-16	Düsseldorf	320-160	35-30	29-24

Quelle: Handelsblatt.

Trotz mannigfacher Schwierigkeiten hat es im Dienstleistungssektor eine große Anzahl von Gewerbeanmeldungen gegeben. Von den im Jahr 1990 angezeigten 281000 Geschäftseröffnungen entfielen 174000 (62 vH) auf die Bereiche Handwerk, Handel, Gaststätten und Erholungswesen. Diese Bereiche sind allerdings auch unter den 27000 Abmeldungen mit 19000 Fällen überproportional vertreten. Vor allem in den letzten Monaten haben die Abmeldungen in Dienstleistungsbranchen stark zugenommen. Dies zeigt, daß sich die Hoffnungen von Existenzgründern nur zum Teil erfüllt haben. Ohnehin überzeichnet die Statistik der Gewerbeanmeldungen das Ausmaß der Gründungsaktivitäten. Bestenfalls hinter jeder zweiten Anmeldung dürfte eine Geschäftseröffnung stehen. Dabei handelt es sich nicht selten um Umgründungen schon bestehender Unternehmen oder Ausgründungen. Nach einer Erhebung von Infratest läßt sich die Zahl der Neuselbständigen (einschließlich mithelfender Familienangehöriger) auf knapp 100000 Personen veranschlagen. Die Anzahl der Betriebe, die im Dienstleistungssektor (einschließlich produzierendes Handwerk) hinzugekommen sind, dürfte nicht höher als 75000 sein.

Nach der Infratesterhebung sind seit der Wende in Ostdeutschland rund 600000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden, von bestehenden wie von neu gegründeten Unternehmen. Ein großer Teil davon entfällt auf Dienstleistungsbranchen. Trotzdem ist die Arbeitskräftebilanz insgesamt stark negativ. In fast allen Branchen mußte unter dem Strich Personal abgebaut werden, auch in solchen, die längerfristig gute Expansionschancen haben. Per saldo dürften binnen Jahresfrist im Dienstleistungssektor 400000 Arbeitsplätze verlorengegangen sein, darunter 170000 im Handel und 85000 im Verkehrsgewerbe sowie in der Nachrichtenübermittlung (Tabelle 11). Zusätzliche Arbeitsplätze sind nur bei Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen entstanden sowie bei sonstigen Dienstleistungsunternehmen, von einigen wenigen Branchen innerhalb der schrumpfenden Bereiche (sonstiger Verkehr) einmal abgesehen.

Die wirtschaftliche Situation im Dienstleistungssektor ist freilich von Branche zu Branche (und innerhalb einzelner Branchen) sehr unterschiedlich. So hat sich bei der "gelben Post" das Beförderungsvolumen binnen Jahresfrist vervielfacht, dagegen hat sich im touristischen Gewerbe die Bettenauslastung mehr als halbiert.

Tabelle 11 — Zahl der Erwerbstätigen<sup>a</sup> im Dienstleistungssektor<sup>b</sup> in Ostdeutschland nach Wirtschaftsbereichen 1989–1990 (1000)

	31.12.89	30.06.90	30.09.90	31.12.90
Handel <sup>c</sup>	730	700	640	560
Großhandel	252	.	.	.
Einzelhandel	478	.	.	.
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	673	650	630	590
Eisenbahnen	269	.	.	232
Schifffahrt, Wasserstraßen, Häfen	34	.	.	28
Nachrichtenübermittlung	138	.	.	129
Sonstiger Verkehr	232	.	.	201
Kreditinstitute und Versicherungen	50	52	61	72
Kreditinstitute	38	40	48	58
Versicherungen <sup>d</sup>	12	12	13	14
Sonstige Dienstleistungsunternehmen	458	470	485	500
Gastgewerbe, Heime	185	.	.	.
Gesundheits- und Veterinärwesen <sup>e</sup>	3	.	.	.
Wissenschaft, Kunst und Kultur, Pressewesen <sup>f</sup>	50	.	.	.
Übrige Dienstleistungen	220	.	.	.
darunter Dienstleistungshandwerk	70	.	.	.
Staat <sup>g</sup>	2210	2180	2139	2036
darunter:				
Gesundheits- und Veterinärwesen <sup>h</sup>	380	380	.	.
Bildungswesen <sup>i</sup>	630	620	.	.
Sozialwesen	158	158	.	.
Kunst, Kultur, Sport	135	125	.	.
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	185	175	165	150
Alle Wirtschaftsbereiche im Dienstleistungssektor	4306	4227	4120	3908
Nachrichtlich: Produzierendes Handwerk (ohne Bauhandwerk)	282	.	.	.

<sup>a</sup>Erwerbstätige im Inland (Personenkonzept). — <sup>b</sup>Wirtschaftsbereiche nach der Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. — <sup>c</sup>Einschließlich Außenhandel, ausschließlich Gaststätten- und Beherbergungsbetriebe. — <sup>d</sup>Ohne Sozialversicherung. — <sup>e</sup>Ohne staatliches Gesundheits- und Veterinärwesen. — <sup>f</sup>Ohne staatliches Bildungswesen. — <sup>g</sup>Einschließlich Sozialversicherung und Nationale Volksarmee. — <sup>h</sup>Einschließlich Hochschulkliniken, ohne betriebliche Polikliniken und Ambulatorien. — <sup>i</sup>Ohne Hochschulkliniken.

Quelle: Statistisches Amt der DDR; Gemeinsames Statistisches Amt der neuen Bundesländer; Schätzung des IfW.

### Einzelhandel

Der Einzelhandel in Ostdeutschland gehört zu den Bereichen, die sofort nach Öffnung der Grenzen mit der Umstellung auf die Marktwirtschaft begonnen haben. Zwischen den bisherigen Monopolanbietern, der volkseigenen Handelsorganisation sowie den Konsumgenossenschaften, und westdeutschen Unternehmen, vor allem den großen Warenhauskonzernen und Lebensmittelfilialketten, entwickelten sich rasch Kooperationsformen, häufig im rechtsfreien Raum. Inzwischen ist die Entflechtung und Privatisierung der ehemals 67 Kombinate und Betriebe des Einzelhandels voll im Gange; sie soll bis Ende 1991 abgeschlossen sein. Insgesamt geht es dabei um mehr als 40000 Einzelobjekte, für die — in der Regel nach Ausschreibung — private Erwerber zu finden sind. Von den Ende des vergangenen Jahres ausgeschriebenen 8500 Einzelhandelsgeschäften sind bislang etwa 70 vH veräußert worden.

Die Bildung einer mittelständischen Handelsstruktur stößt freilich auf mannigfache Hindernisse. Zu nennen sind insbesondere,

- der Mangel an Gewerbeflächen und Gewerberäumen,
- die ungeklärten Eigentumsfragen,
- die zahlreichen bürokratischen Hemmnisse,
- die Engpässe bei der Infrastruktur,
- die unzureichende Kenntnis rechtlicher Bestimmungen sowie marktwirtschaftlicher Verhaltensweisen.

Zudem läßt die Umsatzentwicklung bisher zu wünschen übrig. Noch immer fließt viel Kaufkraft in die alten Bundesländer. Wichtigste Gründe dafür sind

- die nicht ausreichende Sortimentsbreite als Folge zu kleiner Verkaufsflächen (Tabelle 12),
- das überhöhte Preisniveau als Folge unzureichenden Wettbewerbs,
- die mangelnde Attraktivität als Folge schlechter Standorte und unzureichender gegenseitiger Ergänzung von Angeboten.

Tabelle 12 — Objekte des Einzelhandels nach Branchen und Verkaufsfläche in der DDR Ende 1988

	Objekte	durchschnittliche Verkaufsfläche je Objekt
	Anzahl	m <sup>2</sup>
Insgesamt	73781	68
darunter:		
Nahrungs- und Genußmittel	46232	57
Schuh, Lederwaren	2181	60
Oberbekleidung, Textilwaren	7200	97
Möbel, Kulturwaren		
Sportartikel	4222	76
Haushaltswaren	3735	80
Technische Artikel	3276	56
Nachrichtlich:		
Verkaufsstellen mit komplettem Sortiment	641	174

Quelle: Handelsinstitut, Berlin; Gesellschaft für Beratung des Handels.

Viele der Einzelhandelsgeschäfte dürften deshalb keine große Überlebenschance haben, jedenfalls nicht an den bisherigen Standorten. Dort, wo für Geschäftslokale selbst in baulich schlechtem Zustand und unattraktiver Lage Mieten bis 400 DM/m<sup>2</sup> oder mehr gezahlt werden, ist das Scheitern programmiert.

Der Einzelhandel in Ostdeutschland besaß zwar, bezogen auf die Einwohnerzahl, nur ein Drittel der Verkaufsfläche des Einzelhandels in den alten Bundesländern, aber er hatte eine ähnlich hohe Beschäftigtenzahl. Gemessen an der Verkaufsfläche waren die DDR-Einzelhandelsbetriebe personell überbesetzt, so daß dort zur Zeit Arbeitsplätze abgebaut werden. Mit einer Ausweitung der Verkaufsflächen jedoch kann längerfristig eine Personalaufstockung erwartet werden.

### *Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe*

Auch im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe ist das Angebot spürbar erhöht worden. So hat sich seit der Wende die Hotelkapazität, gemessen an der Bettenzahl, fast verdoppelt, vor allem durch die kommer-

zielle Nutzung ehemals nichtöffentlicher Einrichtungen des Staates, der Parteien, der Gewerkschaften und der Kommunen. Auch die qualitative Ausstattung hat sich verbessert. In vielen Fällen sind die Objekte an frühere Mitarbeiter gegangen.

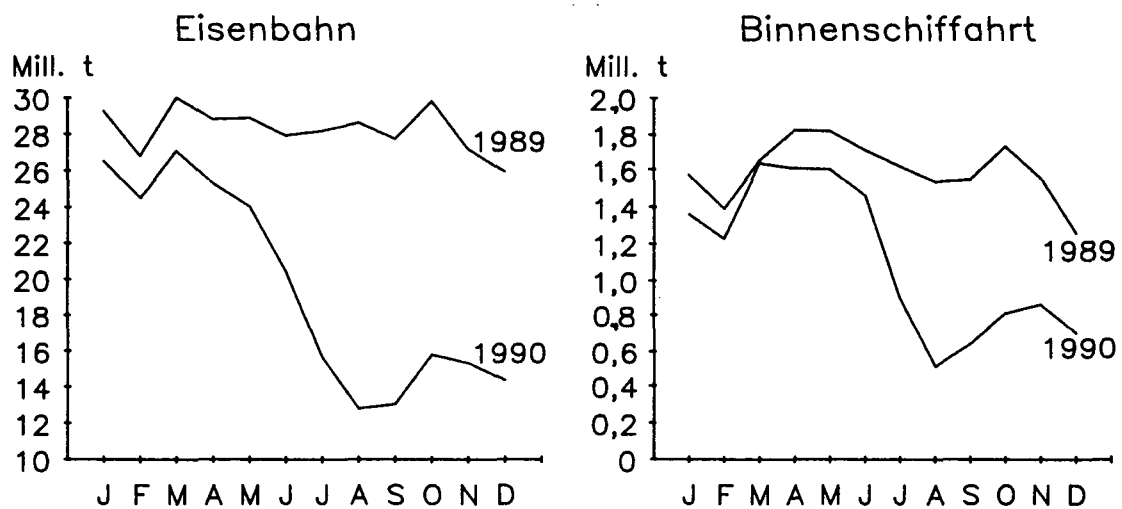
Die Nachfrage nach Leistungen des Gastgewerbes ist freilich deutlich zurückgegangen. Restaurants und Gaststätten sind durch die Umsatzverlagerung in den Fast-Food-Bereich betroffen, Hotels und Pensionen durch die "Westorientierung" der Urlauberströme. An dieser Situation ist das Gastgewerbe nicht ganz schuldlos: Häufig stimmt das Preis-Leistungsverhältnis noch nicht.

Alles in allem befindet sich das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe in der Konsolidierungsphase, und dabei dominiert vorerst der Personalabbau.

### Güterverkehr

Neben dem Handel und dem Gastgewerbe hat auch das Transportgewerbe einen Nachfrageeinbruch hinnehmen müssen, das transportierte Gütervolumen ist gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum stark geschrumpft. Verlierer war der gesamte Gütertransportverkehr, auf der Schiene, der Straße sowie auf den Flüssen und Kanälen. Letztlich spiegelt sich in dieser Entwicklung der Nachfrageeinbruch in der Produktion wider. Verlierer waren insbesondere die Binnenschifffahrt und der Eisenbahnverkehr (Schaubild 1). Im Straßengüterverkehr ist es vor allem bei den ehemaligen Transportkombinaten zu einem Nachfrageeinbruch gekommen. Bei den privaten Transportunternehmen war ein regelrechter Gründungsboom zu beobachten: Von den 12000 erteilten Konzessionen im Güterfernverkehr wurden rund 8000 an private Neuunternehmer vergeben.

Schaubild 1 — Entwicklung der Gütertransportmenge bei Eisenbahn und Binnenschifffahrt in den neuen Bundesländern 1989 und 1990 (Mill. t)



Quelle: Statistisches Bundesamt.

Längerfristig kann man davon ausgehen, daß sich die Verteilung des Gütertransportvolumens in den neuen Bundesländern auf die Verkehrsträger Bahn, Lastkraftwagen, Binnenschiff und Flugzeug an die westdeutsche Struktur anpassen wird: Unter gleichen Rahmenbedingungen wird sich die gleiche Verteilung des Transportaufkommens auf die einzelnen Verkehrsträger durchsetzen. Für die neuen Bundeslän-

der, in denen früher nahezu der gesamte Güterfernverkehr über die Schiene abgewickelt werden mußte, resultiert daraus ein erheblicher Anpassungsbedarf von der Schiene hin zur Straße und zur Binnenschifffahrt (Tabelle 13).

Tabelle 13 — Struktur der Gütertransportleistung in der Bundesrepublik und in der DDR 1989

	Bundesrepublik		DDR	
	Mrd. tkm	vH	Mrd.tkm	vH
Bahn	63	22,8	54	75,8
LKW <sup>a</sup>	161	57,8	15	21,6
Binnenschiff <sup>b</sup>	54	19,4	2	2,5
Insgesamt	278	100,0	72	100,0

<sup>a</sup>Güternah- u. Güterfernverkehr. — <sup>b</sup>Einschließlich der von der Binnenreederei der DDR befrachteten Binnenschiffe anderer Länder.

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik und der DDR; Berechnung des IfW.

### *Personenverkehr*

Während das Bild im Gütertransportgewerbe von schweren Nachfrageeinbrüchen geprägt ist, zeichnet sich in den Sparten des Personenverkehrs eine unterschiedliche Entwicklung ab. So hat der Trend, vom öffentlichen Personennahverkehr auf den privaten Kraftwagen umzusteigen, der bereits seit Jahren zu beobachten ist, erheblich an Dynamik dazugewonnen: Binnen Jahresfrist erhöhte sich der PKW-Bestand in Ostdeutschland um ein Viertel. Ob der Nachfragerückgang im öffentlichen Personennahverkehr bereits zu einer Anpassung der Kapazitäten und vor allem zu einem Personalabbau geführt hat, läßt sich derzeit noch nicht abschätzen. Über kurz oder lang wird es aber hier zu drastischen Einschränkungen kommen.

Anders ist dagegen die Situation im Personenfernverkehr. Dort hat es deutliche Zuwächse gegeben, denn lang gehegte Reisewünsche konnten nun verwirklicht werden. Reichsbahn und Bundesbahn hatten zeitweise Schwierigkeiten, das Verkehrsaufkommen zu bewältigen. Davon begünstigt waren auch die Reisevermittler: Trotz eines Beschäftigtenabbaus beim früheren Monopolreiseveranstalter konnte der Beschäftigtenstand der Branche leicht aufgestockt werden. Es kam zu einer Welle von Reisebürogründungen, allein 900 im abgelaufenen Jahr.

Einen Gründungsboom gab es auch in der Mietwagenbranche, nämlich eine Aufstockung der Konzessionen um 75 vH. Damit hat allerdings die Taxidichte in den neuen Bundesländern erst gut 60 vH des westdeutschen Niveaus erreicht. Das Angebot dürfte dennoch der Nachfrage weit vorausgeeilt sein, und ein Verdrängungswettbewerb ist zu erwarten.

### *Post- und Fernmeldewesen*

Während in vielen Dienstleistungsbereichen die Nachfrage zurückgegangen ist, hat sie im Postdienst und im Fernmeldedienst kräftig expandiert. Hier gibt es mittlerweile gravierende Angebotsengpässe als Folge einer völlig unzureichenden Infrastruktur.

Das Beförderungsaufkommen des gelben Postdienstes zwischen alten und neuen Bundesländern hat sich im letzten Jahr mehr als verdoppelt; innerhalb der neuen Bundesländer ist es etwa konstant geblieben. Verursacht wurde der Boom im Paketverkehr vor allem durch die Zunahme des Versandhausgeschäfts und im Briefverkehr durch die Erhöhung der Werbeaktivitäten. Zudem haben die zum Teil erheblich niedrigeren Posttarife in den neuen Bundesländern zu einer Umlenkung des westdeutschen Postgutverkehrs über Postämter in den neuen Bundesländern geführt. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß sich

ein Teil des erhöhten Beförderungsaufkommens mit einer Angleichung der ostdeutschen an die westdeutschen Posttarife und einer Verbesserung des Warenangebots in den neuen Bundesländern wieder zurückbilden wird. Gleichwohl wird sich die Nachfrage nach den Dienstleistungen der gelben Post auf einem wesentlich höheren Niveau als vor Öffnung der Grenzen einpendeln.

Der Boom bei den Postdiensten hat zum Teil zu großen Kapazitätsengpässen geführt, die durch unzureichende verkehrstechnische Infrastruktur und veraltete Techniken (es wurden bei der Paketabfertigung durchweg Förderbänder aus dem Bergbau eingesetzt) verursacht sind. Die gelbe Post wird daher ihre Kapazitäten kräftig aufstocken müssen und den weitaus größten Teil ihrer rund 75000 Beschäftigten halten können.

Der Nachfrageboom im Bereich der Telekom zeigt seine Wirkungen in der alltäglichen Blockade des Telefonverkehrs zwischen neuen und alten Bundesländern. Zentraler "Flaschenhals" im Telekommunikationsbereich ist die viel zu niedrige Zahl der Telefonverbindungen zwischen Ost und West (insgesamt 6591 zum Jahreswechsel). Hinzu kommt die niedrige Anschlußdichte in Ostdeutschland, die für viele der dortigen Unternehmen, vor allem für die kleinen und mittleren sowie für die Existenzgründer, ein beträchtliches Hemmnis bedeutet. Dem will die Telekom durch vermehrte Anschlüsse begegnen. Bei dem geplanten Ausbau des Telefonnetzes in den neuen Bundesländern — 500000 neue Telefonanschlüsse in diesem Jahr, doppelt so viele in den darauffolgenden Jahren bis 1997 auf dann insgesamt rund 9 Millionen — wird die Nachfrage nach Verbindungen zwischen neuen und alten Ländern noch weiter zunehmen: Eine durchgreifende Besserung ist hier zunächst nicht in Sicht.

Die gegenwärtige Planung der Telekom, das heute in den alten Bundesländern vorhandene Telekommunikationsniveau bis 1997 auch in den neuen Bundesländern zu realisieren, basiert auf einem Investitionsvolumen von insgesamt 55 Mrd. DM. Die Beschäftigungswirkungen dieses immensen Investitionsprogramms werden sich aber nicht im vollen Umfang in den neuen Bundesländern niederschlagen: So wird zwar die Bauwirtschaft im Bereich des Kabelleitungstiefbaus der neuen Bundesländer davon profitieren, aber ein großer Teil der technisch aufwendigen Ausrüstungen des Netzes der neuen Bundesländer wird nur von entsprechend qualifizierten Unternehmen aus den alten Bundesländern installiert werden können.

Ob Telekom alle der übernommenen 42000 Beschäftigten wird halten können, läßt sich bislang nicht abschätzen. Einerseits muß man davon ausgehen, daß die veraltete Technik — noch immer wird ein Teil der Gespräche handvermittelt — ein großes Rationalisierungspotential bietet. Dazu kommt, daß sich ein Großteil des Bedarfes an neuen Arbeitskräften auf qualifizierte Facharbeiter und Ingenieure richten wird, so daß es unter den unzureichend qualifizierten Mitarbeitern des alten Beschäftigtenstammes auch zu Entlassungen und Umbesetzungen kommen kann. Andererseits werden diese Rationalisierungsbedingten Wirkungen durch den langen Durchführungszeitraum der Rationalisierungsmaßnahmen abgeschwächt.

### *Kreditinstitute*

Mit Beginn der Währungsunion im Juli 1990 ist der Markt für Bankdienstleistungen in Bewegung gekommen. Die Palette der angebotenen Bankdienstleistungen hat sich mittlerweile erheblich erweitert. Gab es vorher nur Standardprodukte zu Einheitskonditionen, so bieten die Kreditinstitute nun sowohl im Einlagen- als auch im Kreditgeschäft das gesamte Spektrum der im Westen gängigen Leistungen an, und dies zu Konditionen, die von Institut zu Institut variieren können. Die für die Kunden noch ungewohnte Vielfalt erfordert einen hohen Beratungsaufwand, der nur mit Unterstützung durch Kräfte aus Westdeutschland erbracht werden kann. Ein großes Problem ist der Mangel an geeignetem Geschäftsraum; viele Geschäftsstellen befinden sich noch in Behelfsräumen und Containern.

Die Struktur des Bankgeschäfts nach Bankengruppen hat sich auf den ersten Blick nur geringfügig verändert (Tabelle 14). Die bisher dominierenden Sparkassen haben nur leichte Umsatzeinbußen gegenüber den Kreditbanken, den Kreditgenossenschaften und den übrigen Bankengruppen zu verzeichnen. Aufschlußreicher im Hinblick auf die Wettbewerbslage erscheint aber der qualitative Aspekt. Während im Standardgeschäft die Sparkassen weiterhin die führende Rolle spielen, können die Kreditbanken ihre Stärke im Geschäft mit den beratungsintensiven, für die Kunden neuen Finanzdienstleistungen in die Waagschale werfen.

Tabelle 14 — Entwicklung des Geschäftsvolumens der Kreditinstitute in den neuen Bundesländern 1990<sup>a</sup> (Mrd. DM)

	Kreditbanken	Sparkassen	Kreditgenossenschaften	Übrige Bankengruppen	Alle Bankengruppen <sup>b</sup>
Juni	233	107	24	191	555
Juli	249	107	25	195	575
August	256	101	29	198	583
September	254	100	29	206	589
Oktober	247	98	29	206	580
November	242	99	28	204	574
Dezember	240	102	29	202	573

<sup>a</sup>Stand zum Monatsende. — <sup>b</sup>Abweichungen in den Summen durch Rundungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

Die Entwicklung im Personalbereich zeigt eine kräftige Zunahme der Zahl der Beschäftigten von 38000 im Juni 1990 auf 58000 im Dezember 1990 (Tabelle 15). In Teilbereichen gab es dabei ausgeprägte Fluktuationen. Einerseits sind qualifizierte Mitarbeiter der Ostinstitute der besseren Verdienstmöglichkeiten wegen in den Westen abgewandert, andererseits wurden westdeutsche Mitarbeiter zu den ostdeutschen Geschäftsstellen entsandt (Tabelle 16).

Tabelle 15 — Entwicklung der Beschäftigtenzahl im Bankgewerbe in den neuen Bundesländern 1989–1990 (1000)

	30.12.89	30.06.90	30.09.90	31.12.90
Deutsche Bundesbank <sup>a</sup>	15	15	2	2
Großbanken <sup>b</sup>	.	14 <sup>c</sup>	14	14
Sparkassen	20	20	.	26
Kreditbanken und genossenschaftliche Kreditinstitute	3	6	.	18
Übrige Bankengruppen	.	.	.	.
Insgesamt <sup>d</sup>	38	40	.	58

<sup>a</sup>Bis einschließlich 30.06.90 Staatsbank der DDR. — <sup>b</sup>Deutsche Bank Kreditbank AG, Dresdner Bank, Kreditbank AG und Commerzbank AG. — <sup>c</sup>Ab 01.07.90. — <sup>d</sup>Ohne übrige Bankengruppen.

Quelle: Deutsche Bundesbank; Schätzung des IfW.

Angebotsseitige Engpässe gibt es noch im Bereich des Zahlungsverkehrs. Lange Schlangen vor den Bankschaltern und lange Laufzeiten im Überweisungsverkehr sind ein Indiz, daß die Umstellungsprobleme noch immer nicht bewältigt sind. Durch die Zunahme des bargeldlosen Zahlungsverkehrs ist das bisherige Buchungssystem der Ostinstitute überfordert, auch ist es mit dem westlichen System, das bis Ende des Jahres eingeführt sein soll, nicht kompatibel. Die Umstellung auf das neue System kommt

Tabelle 16 — Anzahl der Selbständigen in freien Berufen 1990<sup>a</sup>

	Geschäftsstellen	Mitarbeiter			Geschäftsvolumen
		insgesamt	Ost <sup>b</sup>	West <sup>c</sup>	
	Anzahl				Mrd. DM
Deutsche Bank	156	8800	7800	1000	16
Dresdner Bank	107	4500	3500	100	10
Commerzbank	50	550	100	450	2
Insgesamt	313	13850	11400	2450	28

<sup>a</sup>Juli 1990 bis Dezember 1990. — <sup>b</sup>In den neuen Ländern angeworbene bzw. von den Vorgängerinstituten übernommene Mitarbeiter. — <sup>c</sup>Aus dem Westen entsandte Mitarbeiter.

Quelle: Institut für freie Berufe.

nur langsam voran. Gleiches gilt für die Einführung des beleglosen Zahlungsverkehrs und für die Aufstellung von Geldautomaten. Lange Postlaufzeiten führen zu weiteren Verzögerungen. Allerdings zeichnen sich hier deutliche Besserungen ab.

### *Versicherungsunternehmen*

Auch der Markt für Versicherungsdienstleistungen hat sich beträchtlich erweitert. Gab es in Ostdeutschland zuvor nur einen einzigen Anbieter, die Staatliche Versicherung der DDR, so waren im Sommer 1990 schon rund 80 Versicherer tätig. Inzwischen beträgt ihre Zahl mehr als 100. Unter ihnen dominiert eine große westdeutsche Versicherung, die das frühere staatliche Monopolunternehmen übernahm und als Nachfolgeinstitut zum 1. Juli 1990 die Deutsche Versicherung AG (DVAG) als eine 100prozentige Tochtergesellschaft gründete. Diese trat in bestehende Versicherungsverträge ein und beschäftigt weiterhin die rund 13000 hauptberuflichen Mitarbeiter des Innen- und Außendienstes. Damit verfügt die DVAG über einen deutlichen Wettbewerbsvorsprung gegenüber ihren Konkurrenten.

Die Zahl der angebotenen Versicherungsdienstleistungen erhöhte sich beträchtlich: Gab es früher 50 Versicherungsarten, so können die Kunden heute zwischen 300 wählen. Die Beratungs- und Betreuungsleistungen, die bei einem so weiten Spektrum komplexer Produkte notwendig wären, scheinen jedoch nicht in demselben Maße mitgewachsen zu sein. Da und dort ist offensichtlich die Unerfahrenheit und der niedrige Informationsstand der Kunden von den Versicherern ausgenutzt worden. Dem soll durch erweiterte Rücktritts- und Kündigungsrechte, die in den neuen Bundesländern abweichend von den Allgemeinen Versicherungsbedingungen für Abschlüsse gelten, die bis zum 1. Dezember 1991 getätigt werden, ein Riegel vorgeschoben werden.

Ungefähr 14000 Mitarbeiter sind Ende 1990 hauptberuflich in der Versicherungsbranche tätig gewesen, nicht viel mehr als Mitte 1990. Allerdings dürfte es zu einer kräftigen Steigerung der nebenberuflichen Außendienstmitarbeiter gekommen sein.

### *Gesundheitswesen*

Das Gesundheitswesen steckt in einer Krise. Die ambulante Versorgung, bisher nahezu ausschließlich durch staatliche Polikliniken und Ambulatorien geleistet, funktioniert nur mehr schlecht als recht. Sie soll fortan wie in den westlichen Bundesländern von niedergelassenen Ärzten übernommen werden. Zwar können Polikliniken und Ambulatorien laut Einigungsvertrag für eine Übergangszeit von bis zu fünf Jahren tätig bleiben; sie werden jedoch schon in naher Zukunft vor dem finanziellen "Aus" stehen. Die Mittel zur Finanzierung ihrer laufenden Ausgaben sind zu knapp bemessen; dies gilt sowohl für die



Fallkostenpauschale in Höhe von 47 bis 55 DM, die den Polikliniken zusteht, als auch für die Pflegesätze von durchschnittlich 180 DM pro Tag, die die Krankenhäuser erhalten. Auch dringend notwendige Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen können nicht durchgeführt werden, weil den kommunalen Trägern die Mittel dazu fehlen. Die finanziellen Beschränkungen beeinträchtigen die ärztliche Versorgung spürbar, denn die Anzahl der in freier Praxis tätigen Ärzte ist zur Zeit noch zu gering, um den Leistungsrückgang der Polikliniken und Ambulatorien auffangen zu können (Tabelle 17).

Tabelle 17 — Zahl der niedergelassenen Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte 1989–1990

	Ärzte	Zahnärzte	Tierärzte
Ende 1989	400	450	0
Ende 1990	800	.	.
Nachrichtlich: Erteilte Zulassungen Anfang 1991	6000	4100	unter 100

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1990; Schätzung des IfW.

Hemmnisse für niederlassungswillige Ärzte sind vor allem der Mangel an geeigneten Praxisräumen und die hohen Investitionskosten. Vor allem ältere Ärzte scheuen das Risiko, eine eigene Praxis zu gründen.

Die 2000 staatlichen Apotheken sollen alle in Privathand übergehen. Für gut ein Drittel jedoch gilt zunächst die sogenannte "Verwaltungsleitungslösung". Als Angestellte im öffentlichen Dienst können ältere Apotheker die von ihnen geführte Apotheke bis zur Pensionierung leiten. Das Privatisierungsverfahren ist inzwischen weit fortgeschritten. Jedoch reicht die Privatisierung staatlicher Apotheken allein nicht aus, um auch in Ostdeutschland eine angemessene, d.h. den westdeutschen Verhältnissen entsprechende Versorgungsdichte sicherzustellen. Neben der Privatisierung sind in beachtlichem Umfang Neugründungen erforderlich.

### *Sonstige freie Berufe*

Die Zahl der Freiberufler ist in Ostdeutschland äußerst gering, da dieser Berufsstand vierzig Jahre lang praktisch keine Perspektive hatte. Entsprechend groß ist nun der Nachholbedarf. Etwa 100000 Freiberufler wären erforderlich, um in den ostdeutschen Bundesländern ein den westlichen Ländern vergleichbares Niveau zu erreichen. Dennoch kommt der Prozeß der Existenzgründungen nur allmählich in Gang. Ende 1990 hat die Zahl der Freiberufler (einschließlich der Selbständigen in den freien Heilberufen) schätzungsweise 18000 erreicht (Tabelle 18).

Tabelle 18 — Zahl der Selbständigen in freien Berufen 1990

	1.10.90	31.12.90
Rechts-, wirtschafts- und steuerberatende freie Berufe	2650	5200
Technische und naturwissenschaftliche freie Berufe	3200	2600
Freie Kulturberufe	2500	.
Freie Heilberufe	1600	10600
Insgesamt	9950	18400

Quelle: Institut für freie Berufe.

Angehende Freiberufler stoßen auf erhebliche Schwierigkeiten. Diese liegen teils auf der Nachfrage-, teils auf der Angebotsseite. Architekten und Bauingenieure sind mit den nun auch in Ostdeutschland zu beachtenden Vorschriften und Normen noch nicht hinreichend vertraut. Vor allem aber bekommen sie die bisher schwierige Lage in der Bauwirtschaft zu spüren. Bei Rechtsanwälten, Wirtschaftsberatern und Steuersachverständigen besteht ein hoher Bedarf an qualifizierten Kräften, der zur Zeit nicht gedeckt werden kann, denn den in der DDR unter den alten Verhältnissen ausgebildeten Rechtsanwälten und Notaren fehlen noch vielfach fundierte Kenntnisse des bundesdeutschen Rechts. Die Bereitschaft westdeutscher Juristen, sich in den neuen Bundesländern niederzulassen, ist nicht sehr groß.

### *Öffentlicher Dienst*

Auch der öffentliche Dienst befindet sich im Umbruch. Für weite Teile heißt das: Auflösung und Neuaufbau. Im administrativen Bereich ist nur die kommunale Ebene weitgehend erhalten geblieben, die übergeordneten Ebenen (Zentrale Ministerien und Bezirksverwaltungen) existieren dagegen nicht mehr. Das hat zur Folge, daß das Personal der Kommunen größtenteils weiterbeschäftigt wird, während das Personal in anderen Bereichen weitgehend von der "Abwicklung" betroffen ist. In den nichtadministrativen Bereichen ist die Situation undurchsichtig. So sind im Bildungswesen die Lehrkräfte an den allgemein- und berufsbildenden Schulen überwiegend weiter im Dienst, die an den Hochschulen befinden sich hingegen ganz überwiegend im "Wartestand".

Exakte Zahlen über die Personalentwicklung im öffentlichen Dienst gibt es nicht. Von der knapp einen Million Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im engeren Sinne (ausschließlich staatliches Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen, aber einschließlich Polizei und Nationale Volksarmee) dürften bis Ende 1990 schätzungsweise ein Drittel entlassen, in den Vorruhestand versetzt, auf die "Warteschleife" geschickt oder aus freien Stücken aus dem Dienst ausgeschieden sein. Die Zahl der öffentlich Bediensteten im Wartestand dürfte (unter Einschluß des Hochschulbereichs) derzeit bei 250000–300000 Personen liegen. Vielen davon droht im Frühjahr die Arbeitslosigkeit, weil dann die Übergangsfrist ausläuft.

Die Situation ist in doppelter Hinsicht schwierig:

- Auf der einen Seite muß bei den staatlichen Stellen Personal abgebaut werden. Das betrifft Personen, die wegen ihrer politischen Vergangenheit nicht mehr tragbar sind, die nicht die erforderlichen Qualifikationen haben oder die schlicht überzählig sind.
- Auf der anderen Seite muß oder müßte Personal eingestellt werden - bei den neuen Ländern etwa in der Rechtspflege oder in der Finanzverwaltung und auch bei den Kommunen, etwa zur Beschleunigung der Arbeiten in den Grundbuchämtern.

Eine Umsetzung scheidet jedoch häufig daran, daß Angebot an Qualifikationen und Nachfrage nicht übereinstimmen. Auch fehlt vielen staatlichen Stellen für Neueinstellungen das Geld - nicht zuletzt, weil es zur Finanzierung von Bediensteten im Wartestand andernorts ausgegeben werden muß. Wieviele Personen neu eingestellt worden sind, ist nicht bekannt.

### *Ausblick*

Die Hoffnung, daß der Dienstleistungssektor — zusammen mit der Bauwirtschaft — in den neuen Bundesländern zum Schrittmacher eines kräftigen Aufschwungs werden könnte, hat sich bisher nicht erfüllt. Die Gründe dafür sind vielschichtig: Sie liegen teils auf der Angebotsseite (ungeklärte Eigentumsansprüche, administrative Hemmnisse, fehlende Infrastruktur), mehr aber auf der Nachfrageseite. Die künftige Entwicklung wird deshalb vermutlich im Schlepptau der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verlaufen — trotz eines unbestreitbar vorhandenen großen Nachholbedarfs.

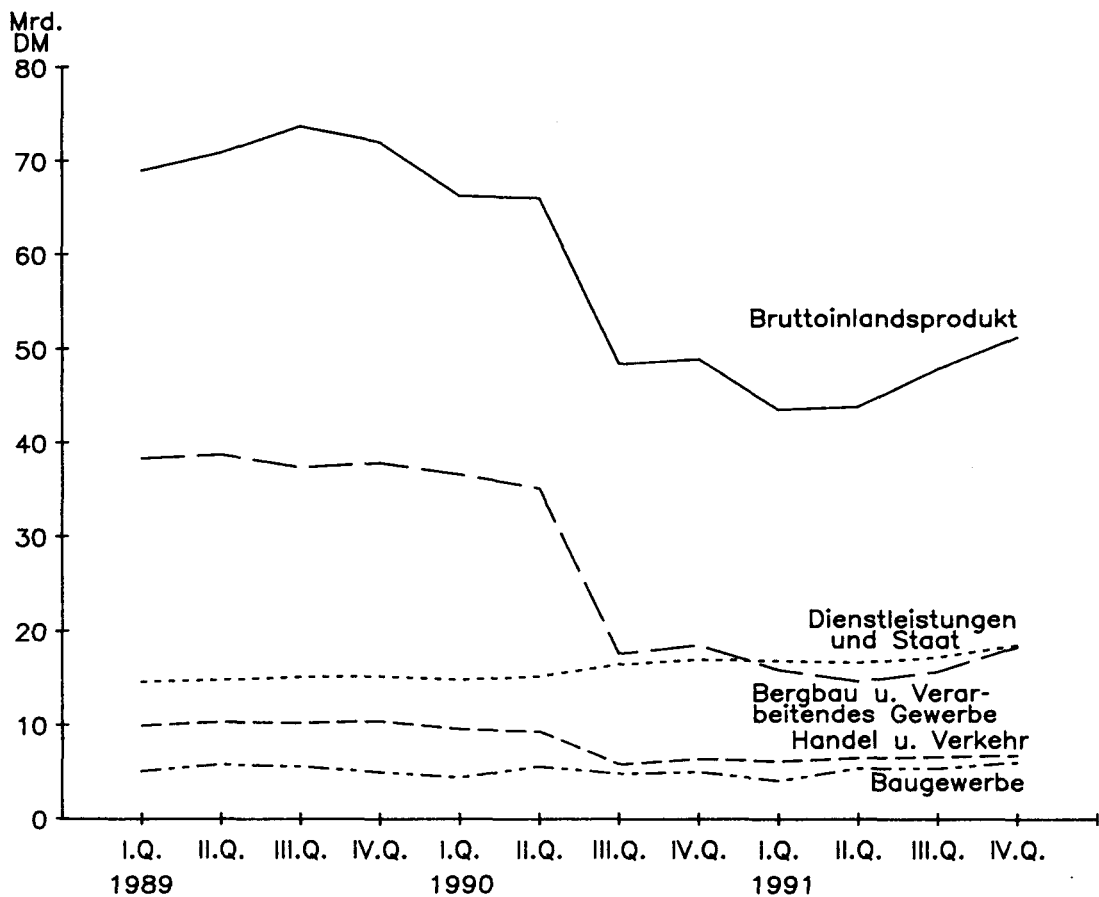
## VI. Eine Gesamtrechnung

Nimmt man die Ergebnisse aller Wirtschaftsbereiche zusammen, ergibt sich folgendes Bild der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland: Eine spürbare Aufwärtsentwicklung zeichnet sich nur in wenigen Bereichen ab, ein breiter Aufschwung ist nicht in Sicht (Tabelle 19).

Das DIW hat mit Hilfe einer empirisch gestützten Modellrechnung eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für Ostdeutschland aufgebaut. Angesichts einer sehr unsicheren Datenbasis und erheblicher Interpretationsprobleme haben die Ergebnisse dieser Modellrechnung zwar mehr den Charakter eines Szenarios als den einer Prognose im herkömmlichen Sinne. Mit einer solchen Gesamtrechnung können aber mögliche Entwicklungen in den neuen Bundesländern konsistent dargestellt und sinnvolle Verknüpfungen mit der Gesamtrechnung für Westdeutschland hergestellt werden.

Schwer einzuschätzen sind die Chancen einer Erholung der industriellen Produktion. Angesichts der hier getroffenen Annahme, daß im Osthandel nur noch ein Drittel des Exportwertes von 1990 erreicht wird, ist ein weiterer Rückgang der Erzeugung im verarbeitenden Gewerbe im 1. Halbjahr unvermeidlich. Der Rückgang dürfte zu einer Produktion führen, die wohl noch einmal 20 vH unter dem schon sehr niedrigen Niveau des 2. Halbjahres 1990 liegt. Für die Zeit danach wird eine leichte Erholung der Produktion erwartet (Schaubild 2 und 3). Eine solche Entwicklung impliziert, daß ein Teil der Unterneh-

Schaubild 2 — Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttosozialprodukt in Ostdeutschland 1989–1991 (Mrd. DM)<sup>a</sup>



(a) In jeweiligen Preisen.

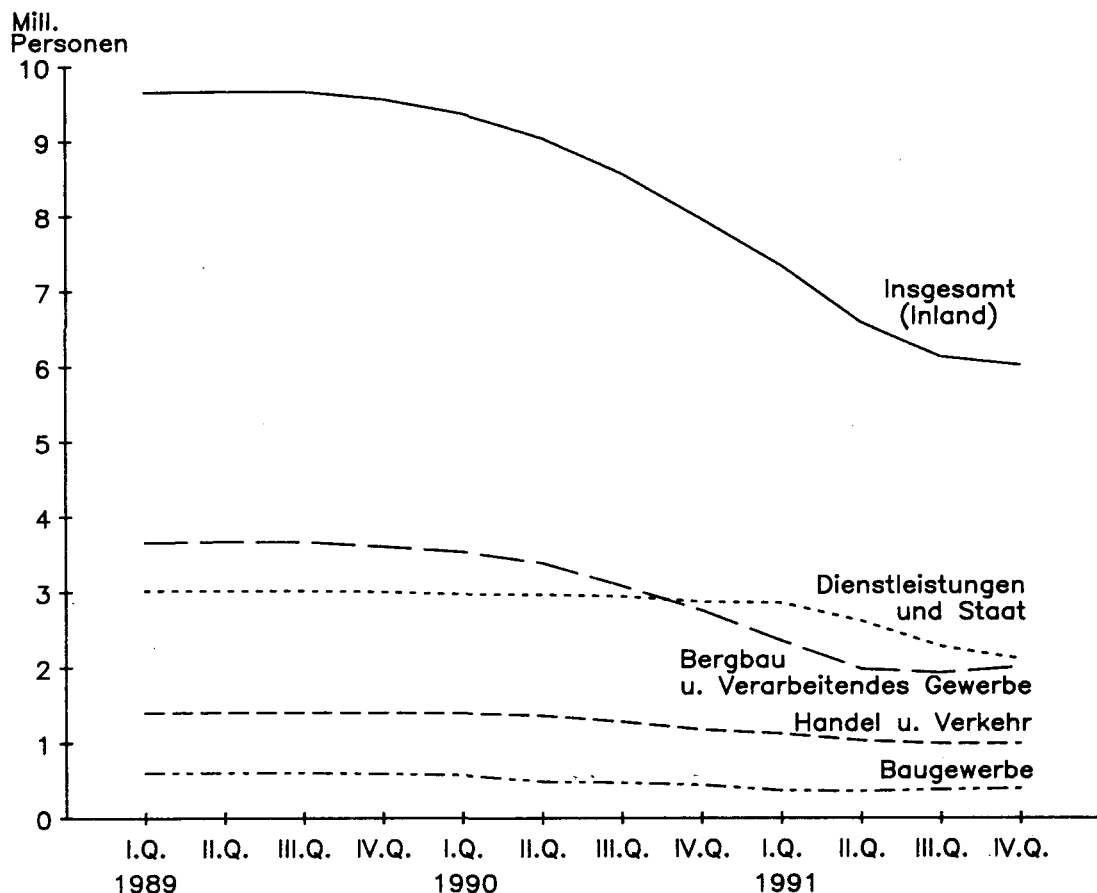
Tabelle 19 - Bruttoinlandsprodukt und Erwerbstätige in Ostdeutschland nach Wirtschaftsbereichen 1989-1991

	1989	1990	1991	1990	1991	1989		1990		1991		1990		1991						
						1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.					
Bruttowertschöpfung der Wirtsch.- bereiche (zu jeweiligen Preisen)	Mrd. DM					in vH gegenüber Vorjahr					Mrd. DM					in vH gegenüber Vorjahr				
Land- und Forstwirtschaft	10,97	7,28	5,85	-33,6	-19,7	2,11	8,86	1,58	5,70	1,25	4,60	-25,0	-35,7	-21,0	-19,3					
Warenproduzier. Gewerbe	173,87	127,78	85,57	-26,5	-33,0	88,03	85,85	81,81	45,97	40,02	45,54	-7,1	-46,5	-51,1	-0,9					
Bergbau u. Verarbeit. Gewerbe	152,56	107,99	64,65	-29,2	-40,1	77,21	75,35	71,85	36,14	30,56	34,09	-6,9	-52,0	-57,5	-5,7					
Baugewerbe	21,32	19,79	20,91	-7,2	5,7	10,82	10,50	9,96	9,83	9,46	11,45	-7,9	-6,4	-5,0	16,5					
Handel und Verkehr	40,93	31,07	26,06	-24,1	-16,1	20,27	20,66	18,85	12,22	12,65	13,41	-7,0	-40,8	-32,9	9,7					
Handel	16,73	13,72	11,90	-17,9	-13,3	8,01	8,72	8,00	5,72	5,50	6,40	-0,0	-34,4	-31,3	11,9					
Verkehr	24,20	17,35	14,15	-28,3	-18,4	12,27	11,94	10,84	6,50	7,15	7,01	-11,6	-45,5	-34,1	7,8					
Dienstleistungen und Staat	59,87	63,61	69,29	6,2	8,9	29,50	30,37	30,11	33,50	33,56	35,73	2,1	10,3	11,5	6,7					
Staat	36,30	37,73	38,83	3,9	2,9	17,94	18,36	18,28	19,45	19,18	19,65	1,9	6,0	5,0	1,0					
Dienstleistungen	20,08	21,91	25,78	9,1	17,7	9,83	10,24	10,04	11,87	12,26	13,52	2,1	16,0	22,1	13,9					
Priv. Org. ohne Erw.zweck	3,49	3,97	4,68	13,7	17,9	1,73	1,78	1,79	2,18	2,12	2,56	3,9	22,4	18,1	17,8					
Bruttoinlandsprodukt	285,65	229,75	186,77	-19,6	-18,7	139,91	145,74	132,35	97,40	87,48	99,28	-5,4	-33,2	-33,9	1,9					
Auslandseinkommen	0,00	2,32	10,25			0,00	0,00	0,30	2,02	4,51	5,75									
Bruttosozialprodukt	285,65	232,07	197,02	-18,8	-15,1	139,91	145,74	132,65	99,42	91,99	105,03	-5,2	-31,8	-30,7	5,6					
Erwerbstätige	1000 Personen					in vH gegenüber Vorjahr					1000 Personen					in vH gegenüber Vorjahr				
Land- und Forstwirtschaft	960	809	578	-15,8	-28,6	961	959	863	755	620	535	-10,3	-21,2	-28,1	-29,1					
Warenproduzier. Gewerbe	4253	3682	2439	-13,4	-33,8	4269	4237	3989	3375	2524	2354	-6,6	-20,3	-36,7	-30,2					
Bergbau u. Verarbeit. Gew.	3655	3194	2071	-12,6	-35,2	3670	3641	3464	2925	2170	1972	-5,6	-19,7	-37,3	-32,6					
Baugewerbe	598	487	368	-18,5	-24,5	600	596	525	450	354	383	-12,4	-24,5	-32,7	-14,9					
Handel und Verkehr	1408	1306	1033	-7,2	-20,9	1409	1407	1382	1230	1075	990	-1,9	-12,6	-22,2	-19,5					
Handel	732	664	530	-9,2	-20,2	732	732	718	611	540	520	-1,9	-16,5	-24,8	-14,9					
Verkehr	677	642	503	-5,1	-21,7	678	676	664	619	535	470	-2,0	-8,3	-19,4	-24,1					
Dienstleistungen und Staat	3019	2939	2469	-2,7	-16,0	3025	3014	2973	2906	2743	2195	-1,7	-3,6	-7,7	-24,5					
Dienstleistungen	1086	1091	1003	0,4	-8,1	1088	1085	1078	1104	1075	930	-0,9	1,8	-0,3	-15,8					
Staat	1746	1678	1325	-3,9	-21,0	1750	1743	1715	1640	1525	1125	-2,0	-5,9	-11,1	-31,4					
Priv. Org. ohne Erw.zweck	187	171	141	-8,7	-17,2	187	187	180	162	143	140	-4,0	-13,4	-20,6	-13,3					
Insgesamt im Inland	9640	8736	6518	-9,4	-25,4	9664	9616	9206	8265	6961	6074	-4,7	-14,0	-24,4	-26,5					

	1990				1991				1990				1991			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttowertschöpfung der Wirtsch.- bereiche (zu jeweiligen Preisen)	Mrd. DM								in vH gegenüber Vorjahr							
Land- und Forstwirtschaft	0,89	0,69	3,75	1,95	0,60	0,65	3,00	1,60	-5,1	-41,1	-29,9	-44,5	-32,9	-5,6	-20,0	-17,9
Warenproduzier. Gewerbe	41,02	40,79	22,40	23,57	19,93	20,09	21,11	24,43	-5,6	-8,5	-47,9	-45,0	-51,4	-50,7	-5,8	3,6
Bergbau u. Verarbeit. Gewerbe	36,66	35,19	17,61	18,54	15,89	14,67	15,73	18,37	-4,5	-9,3	-53,0	-51,1	-56,7	-58,3	-10,7	-0,9
Baugewerbe	4,36	5,60	4,79	5,03	4,04	5,42	5,39	6,06	-14,0	-2,5	-13,7	1,8	-7,3	-3,2	12,3	20,5
Handel und Verkehr	9,54	9,31	5,81	6,41	6,15	6,50	6,63	6,78	-4,2	-9,8	-43,1	-38,6	-35,5	-30,2	14,0	5,9
Handel	3,99	4,02	2,65	3,07	2,63	2,87	2,98	3,42	2,6	-2,5	-36,3	-32,7	-33,9	-28,7	12,7	11,2
Verkehr	5,55	5,30	3,17	3,33	3,52	3,63	3,64	3,37	-8,5	-14,6	-47,8	-43,2	-36,6	-31,4	15,0	0,9
Dienstleistungen und Staat	14,84	15,27	16,48	17,02	16,90	16,66	17,23	18,51	1,4	2,8	8,8	11,8	13,9	9,1	4,5	8,7
Staat	9,09	9,19	9,59	9,86	9,70	9,48	9,54	10,11	1,9	1,9	4,6	7,3	6,8	3,1	-0,5	2,5
Dienstleistungen	4,89	5,14	5,83	6,04	6,16	6,10	6,48	7,05	0,6	3,6	14,5	17,4	25,8	18,7	11,1	16,6
Priv. Org. ohne Erw.zweck	0,86	0,94	1,06	1,12	1,04	1,07	1,21	1,36	0,2	7,5	19,7	25,0	21,9	14,7	14,0	21,4
Bruttoinlandsprodukt	66,29	66,06	48,45	48,95	43,58	43,90	47,96	51,32	-3,9	-6,8	-34,3	-32,0	-34,3	-33,5	-1,0	4,8
Auslandseinkommen	0,10	0,19	0,59	1,43	2,01	2,49	2,74	3,01								
Bruttosozialprodukt	66,39	66,26	49,04	50,38	45,60	46,39	50,70	54,33	-3,8	-6,6	-33,5	-30,1	-31,3	-30,0	3,4	7,8
Erwerbstätige	1000 Personen								in vH gegenüber Vorjahr							
Land- und Forstwirtschaft	885	840	790	720	640	600	555	515	-7,9	-12,6	-17,8	-24,7	-27,7	-28,6	-29,7	-28,5
Warenproduzier. Gewerbe	4106	3872	3555	3195	2717	2330	2305	2403	-3,7	-9,4	-16,9	-23,9	-33,8	-39,8	-35,2	-24,8
Bergbau u. Verarbeit. Gew.	3536	3391	3090	2760	2360	1980	1930	2013	-3,5	-7,8	-15,8	-23,5	-33,3	-41,6	-37,5	-27,1
Baugewerbe	569	481	464	435	357	350	375	390	-5,3	-19,6	-23,0	-26,1	-37,4	-27,1	-19,2	-10,3
Handel und Verkehr	1399	1365	1283	1178	1120	1030	990	990	-0,7	-3,2	-9,1	-16,1	-20,0	-24,5	-22,8	-15,9
Handel	728	708	646	575	550	530	520	520	-0,4	-3,3	-11,7	-21,3	-24,5	-25,1	-19,5	-9,6
Verkehr	671	657	636	602	570	500	470	470	-1,4	-3,0	-6,2	-10,5	-15,1	-23,9	-26,1	-22,0
Dienstleistungen und Staat	2976	2969	2942	2869	2860	2625	2280	2110	-1,6	-1,9	-2,6	-4,6	-3,9	-11,6	-22,5	-26,5
Dienstleistungen	1074	1082	1094	1114	1115	1035	940	920	-1,2	-0,6	0,5	3,1	3,8	-4,3	-14,1	-17,4
Staat	1720	1710	1680	1600	1600	1450	1200	1050	-1,7	-2,3	-3,7	-8,0	-7,0	-15,2	-28,6	-34,4
Priv. Org. ohne Erw.zweck	182	177	168	155	145	140	140	140	-2,7	-5,3	-10,2	-16,7	-20,3	-20,9	-16,7	-9,7
Insgesamt im Inland	9366	9045	8569	7962	7337	6585	6130	6018	-3,0	-6,5	-11,4	-16,8	-21,7	-27,2	-28,5	-24,4

Quelle: Prognose des DIW auf der Basis der Ergebnisse einer vom DIW für 1989 und 1990 durchgeführten empirisch gestützten Modellrechnung.

Schaubild 3 — Erwerbstätige in Ostdeutschland 1989–1991 (Mill. Personen)



men finanziell noch gestützt wird und mehr und mehr Investitionen westlicher Unternehmen produktionswirksam werden.

In den übrigen Bereichen, einschließlich der Bauwirtschaft, dürfte zwar eine deutliche Erholung eintreten, die davon auf die Gesamtwirtschaft ausgehenden Impulse führen aber angesichts des relativ geringen Gewichts dieser Bereiche nicht zu einer durchgreifenden Besserung. Im Durchschnitt dieses Jahres wird die gesamtwirtschaftliche Produktion — in nominaler Rechnung — abermals um etwa ein Fünftel unter dem Vorjahresniveau liegen. Der Einbruch wird dazu führen, daß die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter im Jahresdurchschnitt reichlich 3 Millionen beträgt. Das Arbeitsvolumen wird weit stärker sinken als die Zahl der Erwerbstätigen, da die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden durch Kurzarbeit und durch tarifvertragliche Vereinbarungen zurückgeht. Es wird damit gerechnet, daß die Anzahl der Erwerbstätigen im Verlauf dieses Jahres um etwa ein Viertel sinkt, nachdem sie schon im vergangenen Jahr um ein Sechstel abgenommen hat. Der Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen schlägt nicht voll auf die Arbeitslosigkeit durch, die Zahl der von Arbeitslosigkeit Betroffenen ist viel höher als die Zahl der offiziell als arbeitslos registrierten (Tabelle 20).

Tabelle 20 — Der Arbeitsmarkt in Ostdeutschland 1990–1991 (1000)<sup>a</sup>

	1990	1991
Erwerbstätige im Inland	8735	6520
Arbeitslose	230	1500
Pendler	-75	-315
Übersiedler	-300	-210
Vorruhestand	100	295
Berufstätige Rentner	100	0
Übrige <sup>b</sup>	100	400
Nachrichtlich:		
Kurzarbeiter	760	1665
Bedienstete des öffentlichen Dienstes im Wartestand	60	210

<sup>a</sup>Jahresdurchschnitt. — <sup>b</sup>Neurentner, "Stille Reserve", Vollzeitweiterbildung usw.

Quelle: Berechnung des DIW.

Den Unternehmen in der Industrie wird es wohl nicht gelingen, die Zahl der Arbeitsstunden soweit zu reduzieren, daß eine merkliche Kostenentlastung eintritt. Die Löhne werden schneller steigen als die Produktivität. Die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie insgesamt wird sich weiter verschlechtern.

## VII. Zur Finanzlage von Ländern und Gemeinden in Ostdeutschland

Die Einkommensentwicklung in Ostdeutschland wird durch hohe staatliche Transfers von West nach Ost stabilisiert. Dennoch zeichnet sich ab, daß die Mittel bei weitem nicht ausreichen werden, um die Finanzlöcher im Beitrittsgebiet zu füllen. Die leeren Kassen sind einmal Reflex der niedrigen Einkommen und der schweren Krise östlich der Elbe. Zum anderen sind sie auch Ausdruck dessen, daß die öffentlichen Mittel nicht aufgabengerecht zwischen West und Ost verteilt sind. Auch wenn sich die Finanzlage der westdeutschen Länder und Kommunen durch die jüngsten Maßnahmen — volle Beteiligung der neuen Länder am Umsatzsteueraufkommen, Verzicht der Bundesregierung auf ihren Anteil am Fonds "Deutsche Einheit" — verbessert hat, fehlen Mittel zum Ausbau und zur Modernisierung der Infrastruktur in Ostdeutschland.

Wichtigste Einnahmequellen in den Haushalten der neuen Bundesländer und ihrer Gemeinden sind in diesem Jahr mit 35 Mrd. DM die Mittel aus dem Fonds "Deutsche Einheit". Die Steuereinnahmen der Länder und Kommunen dürften reichlich 20 Mrd. DM betragen. Dies bedeutet, daß ihre Steuerkraft mit nur 1300 DM je Einwohner zu veranschlagen ist, in Westdeutschland sind es fast 4700 DM. Die Leistungen aus dem Fonds sind degressiv gestaffelt, und es ist nicht zu erwarten, daß die künftigen Steuermehreinnahmen die jährlichen Mindereinnahmen aus dem Fonds ausgleichen. Die Gebühren werden auf längere Sicht noch nicht das Gewicht erhalten, das sie für die westdeutschen Haushalte haben. Unterstellt wird, daß den öffentlichen Haushalten in Ostdeutschland in gleichem Maße wie in Westdeutschland Finanzhilfen aus dem Bundeshaushalt — vor allem für Gemeinschaftsaufgaben — gewährt werden. Insgesamt werden die öffentlichen Haushalte in Ostdeutschland 1991 voraussichtlich über Einnahmen von 4600 DM je Einwohner verfügen. Für die alten Bundesländer und ihre Gemeinden errechnet sich ein Betrag von fast 7000 DM je Einwohner.

Die Ausgaben je Einwohner werden in Ostdeutschland wesentlich höher als die Einnahmen sein. Natürlich ist eine Ausgabenschätzung mit großen Unsicherheiten behaftet, weil die Umstrukturierung der

öffentlichen Aufgaben in ihren quantitativen Auswirkungen auf die staatlichen Finanzströme nur grob ge­griffen werden kann.

Im Staatsapparat der ehemaligen DDR waren, bezogen auf die Einwohnerzahl, erheblich mehr Arbeitskräfte beschäftigt als in der bundesdeutschen Administration. Neben dem Militär- und Sicherheitsbereich gilt dies vor allem für Schulen, Hochschulen und die sozialen Dienste, also Aufgaben, die nunmehr von den neuen Ländern und Gemeinden wahrgenommen werden. Die Informationen über den Anpassungsprozeß sind spärlich, sie deuten aber darauf hin, daß ein drastischer Personalabbau im Gange ist. Gemessen an westdeutschen Verhältnissen könnten in den neuen Bundesländern und ihren Kommunen rund 900000 Stellen besetzt werden. Gegenwärtig betragen die Einkommen im öffentlichen Dienst etwa 40 vH der Einkommen in den alten Bundesländern.<sup>1</sup> 1991 können Personal- und Sachkosten von 2700 DM je Einwohner veranschlagt werden; in Westdeutschland liegen sie um ein Drittel höher.

Ungeklärt ist die Höhe des Subventionsvolumens, das aufgrund der Regelungen im Einigungsvertrag vor allem auf die Kommunen zukommt. Sie sind unter anderem für die Wohnungsbestandspolitik und die Neubauförderung zuständig, in Westdeutschland ist dies Aufgabe von Bund und Ländern. Die Lücke zwischen Mieterträgen und tatsächlichem Aufwand ist gewaltig, nur ein Fünftel der Kosten wird aus den Mieten gedeckt. Jährlich sind allein zur Erhaltung des kommunalen Wohnungsbestands 9 Mrd. DM erforderlich. Auch im Energie- und Verkehrssektor sind hohe Subventionen zu erbringen. Im Gegensatz zu Westdeutschland werden die Kommunen zunächst kaum mit Sozialhilfeaufwendungen konfrontiert, weil Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld in der Regel die Grenze für den Bezug von Sozialhilfe übersteigen.

Völlig unklar ist, in welcher Höhe die neuen Länder und Gemeinden ihre Investitionsausgaben veranschlagen. In dieser Rechnung werden 850 DM je Einwohner, also ein Betrag wie in Westdeutschland, angesetzt. In Anbetracht der Steuerkraft mag dies viel erscheinen; gemessen am Investitionsbedarf ist es wenig. Insgesamt werden die Ausgaben auf 6000 DM je Einwohner geschätzt.

Nach diesen Überlegungen ergäbe sich in den Haushalten von Ländern und Gemeinden ein Defizit von 23 Mrd. DM, etwa so viel wie in den Haushalten der alten Bundesländer und ihrer Gemeinden. In Anbetracht dieser hohen Defizite steht zu befürchten, daß viel weniger investiert wird, weil Länder und Gemeinden wegen der sehr unsicheren Einnahmeerwartungen sich bei Kreditaufnahmen sehr zurückhalten. Gestützt wird die kommunale Investitionstätigkeit lediglich durch ein spezielles Kreditprogramm und durch die Beteiligung an der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Allerdings ist eine Eigenbeteiligung erforderlich, und im Falle der Kreditaufnahme setzt schon nach fünf Jahren die Tilgung ein; zudem sind die Zinsvergünstigungen befristet.

Alles in allem ist eine Neuregelung des vertikalen wie horizontalen Finanzausgleichs dringend geboten.

## VIII. Wirtschaftspolitische Überlegungen

Die Wirtschaft in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland befindet sich zu Beginn dieses Jahres in einer Krise, deren Dimensionen alle Konjunktur- und Strukturkrisen in den alten Bundesländern bei weitem übertrifft. Patentrezepte dagegen gibt es nicht. Auf jeden Fall erforderlich sind aber das Zusammenwirken aller beteiligten Politikbereiche und rasche Entscheidungen.

Die Länder und Gemeinden Ostdeutschlands müssen so mit Finanzmitteln ausgestattet werden, daß neben den laufenden Ausgaben dringende Investitionsprojekte finanziert werden können. Öffentliche

<sup>1</sup>

Zur Jahresmitte sollen sie auf 60 vH des Niveaus im Westen angehoben werden.



Investitionen in die Infrastruktur sind eine unabdingbare Voraussetzung für die Verwirklichung privater Investitionen.

Die Gemeinden können wichtige Aufgaben wie die Erschließung und Sanierung von Gewerbeflächen, den Ausbau des innerstädtischen Straßennetzes, die Erneuerung von Versorgungseinrichtungen und die Restaurierung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden wegen der angespannten Finanzlage häufig nicht anpacken. Den ostdeutschen Gemeinden sind Lasten aufgebürdet worden, die ihre finanziellen Kräfte überfordern. Zum einen ist ihnen der gesamte kommunale Wohnungsbestand zugefallen. Das macht sie, so paradox das ist, unter den gegebenen Bedingungen arm: Die Mieteinnahmen reichen nicht einmal aus, um die Bewirtschaftungskosten zu decken. Zum anderen ist ihnen — bis zur weiteren Klärung — die Trägerschaft für die ambulante und stationäre medizinische Versorgung verblieben. Der Betrieb von Polikliniken und Ambulatorien verursacht wegen unzureichender Kostendeckungsbeiträge der Krankenkassen ebenfalls hohe Defizite. Es kann nicht Aufgabe der Kommunen sein, Wohnungsnutzung und Gesundheitseinrichtungen zu subventionieren.

Eine wichtige öffentliche Aufgabe ist der Abbruch alter Industrieanlagen und die Dekontaminierung der zugehörigen Flächen. Ein umfangreiches "ökologisches Sanierungsprogramm" könnte einen erheblichen Beitrag zur Abfederung von Arbeitslosigkeit leisten. Die Treuhandanstalt oder die Kommunen hätten dazu Sanierungsgebiete auszuweisen und die Sanierungsarbeiten öffentlich auszuschreiben. Die Auftragserteilung müßte im Bietverfahren erfolgen, und zwar unter Einschluß privater Anbieter. Der Bund müßte sich an den Kosten beteiligen.

Die Finanzierung eines "ökologischen Sanierungsprogramms" könnte im Endeffekt sogar billiger als die Finanzierung von hoher Arbeitslosigkeit sein, denn bei einer Sanierung solcher Industrieunternehmen stiege auch der Verkaufswert. Hinzu kämen die Gewinne für die Umwelt. Die Sanierung rechnet sich auch ökonomisch in vielen Fällen, weil unterlassene Maßnahmen sehr hohe Folgekosten haben können.

Ein solches Programm sollte in den ersten zwei oder drei Jahren massiv gefahren werden — in der begründeten Erwartung, daß dann das Beschäftigungstal durchschritten ist. Es ist, wohlgemerkt, keine Alternative zur Schaffung von Arbeitsplätzen in der privaten Wirtschaft, sondern im Gegenteil ihr integraler Bestandteil: Es kann und es soll darin einmünden, daß sich Unternehmen dauerhaft im Bereich der Sanierung betätigen, für die es auf absehbare Zeit in Ostdeutschland keinen Auftragsmangel geben dürfte.

Der Prozeß der Umstrukturierung der ostdeutschen Wirtschaft ist zwar in Gang gekommen, aber er stößt allenthalben auf Hindernisse und verläuft deshalb nur schleppend. Viele der Hindernisse resultieren daraus, daß in den neuen Bundesländern nun ein rechtliches Regelwerk gilt, das von der Administration noch nicht beherrscht wird und die wirtschaftlichen Aktivitäten hemmt. Der Personaltransfer zwischen den alten und den neuen Bundesländern muß daher stark intensiviert werden. Gleichzeitig sind die für eine effiziente Verwaltung notwendigen technischen Voraussetzungen zu schaffen.

Das Investieren in neue Arbeitsplätze wird vor allem durch die Flut von über einer Million Eigentumsansprüchen erschwert. Die Veräußerung von Betrieben und Grundstücken durch die Treuhand ist dadurch weithin blockiert. Das Privatisierungserleichterungsgesetz wird im Endeffekt keine grundlegenden Verbesserungen bringen. Streitfälle, die auf der administrativen Ebene fortan leichter zu regeln sind, werden vermutlich vor den Gerichten ausgetragen werden. Es sind deshalb Maßnahmen zu treffen, die den Instanzenweg verkürzen:

- Die Bestimmungen des Gesetzes über besondere Investitionen, nach denen die Entschädigung gegenüber der Rückgabe des Eigentums Vorrang hat, sind vom Gesetzgeber präziser zu fassen und von der Administration konsequenter anzuwenden. Die Rechtsprechung sollte dafür entsprechende Leitlinien vorgeben.

— Bei Auseinandersetzungen, die gerichtlich ausgetragen werden und die sich deshalb lange hinziehen können, sollten Zwischenlösungen praktiziert werden. So könnten bis zur Klärung befristete Miet- und Pachtverträge abgeschlossen werden. Zur Absicherung von Krediten, die vorerst nicht dinglich besichert werden können, sollten vermehrt neue Bürgschaftsinstrumente genutzt werden.

Der Marktengpaß bei Gewerbeflächen und Gewerberäumen sollten die Treuhand und die Kommunen durch umfangreiche Verkäufe begegnen; bisher zeigen beide nur geringe Bereitschaft, sich von Immobilien zu trennen. Ein breiteres Angebot würde die hohen Immobilienpreise drücken.

Private Investitionen stoßen oft auf administrative Hemmnisse. In vielen Ämtern gibt es einen Bearbeitungsstau, weil die personellen Voraussetzungen für den Umgang mit westdeutschen Gesetzen und Verwaltungsvorschriften in den neuen Ländern nicht gegeben sind. Die rechtlichen Regelungen, die die neuen Länder von den alten übernommen haben, sind daraufhin zu überprüfen, ob sie hier notwendig sind. Teilweise könnten Regelungen befristet ausgesetzt werden. Auch die Genehmigungsverfahren sollten gestrafft werden. So könnten erlaubnispflichtige Tatbestände wie Baumaßnahmen nach einer bestimmten Frist automatisch als genehmigt gelten, wenn die Behörde nicht ausdrücklich widerspricht.

Private Investitionen werden in mannigfacher Weise dadurch behindert, daß es an der komplementären Infrastruktur fehlt: Insbesondere das Verkehrssystem und das Kommunikationsnetz müssen wesentlich rascher modernisiert und erweitert werden, als es bisher geschieht. Der Engpaß ist nicht etwa eine hohe Beanspruchung des Baugewerbes; es gibt im Gegenteil unbeschäftigte Arbeitskräfte und freie Gerätekapazitäten. Der Engpaß liegt vielmehr bei der Bauvorbereitung — bei der Finanzierung, der Planung und der Genehmigung von Bauvorhaben. Folgende Maßnahmen können hier Abhilfe bringen:

- Wo die öffentliche Finanzierung nicht gesichert ist, sollte eine private Finanzierung angestrebt werden; diese kann auch eine Vor- oder Zwischenfinanzierung im Vorgriff auf spätere Leistungen der öffentlichen Hände sein.
- Wo es an staatlichen Planungskapazitäten fehlt, sollten private Bauträger die Aufgabe übernehmen können. Zudem sollten verstärkt Aufträge an Freiberufler vergeben werden - an Architekten, Statiker oder Bauingenieure.

Doch selbst wenn all dies rasch umgesetzt wird und die gesamtwirtschaftliche Situation in Westdeutschland günstig bleibt, werden die privaten Investitionen in Ostdeutschland nicht ausreichen, um dort einen drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Folglich wird es sich nicht vermeiden lassen, den Anpassungsprozeß bei einem Teil der bestehenden Unternehmen zu unterstützen, insbesondere wenn eine regional hohe Arbeitslosigkeit droht.

Unternehmen, die saniert werden sollen, dürfen Hilfen nur für begrenzte Zeit erhalten. Vorrangig bleibt die Privatisierung. Unumgänglich ist die Abschaffung der in Ostdeutschland geltenden Kurzarbeiterregelung und das Auslaufen des Kündigungsschutzes, da dadurch eine rasche Umstrukturierung der Betriebe und eine Qualifikation der Arbeitnehmer blockiert wird.

## IX. Anhang

### 1. Zur wirtschaftlichen Lage im Dienstleistungssektor — Ergebnisse einer Befragung

Statistische Informationen über die wirtschaftliche Lage im Dienstleistungssektor in Ostdeutschland gibt es bisher kaum. Es fehlen Angaben über die Anzahl der Unternehmen, den Umsatz, den Material- und Energieeinsatz, die Wertschöpfung, die Investitionen und teilweise auch über die Beschäftigung. Die amtliche Statistik in den neuen Bundesländern ist derzeit im Neuaufbau. Es wird noch geraume Zeit dauern, bis dort ein Informationssystem existiert, das mit dem in den alten Bundesländern vergleichbar ist.

Das Informationsdefizit läßt sich augenblicklich nur durch schriftliche und mündliche Befragungen ausgleichen, und auch dies nur zum Teil. Der Dienstleistungssektor ist in seiner Zusammensetzung außerordentlich heterogen — nach Branchen und nach der Betriebsgröße. Er ist zudem stark im Umbruch: Viele Betriebe sind erst im Entstehen. Befragungen von einzelnen Betrieben, Verbänden und staatlichen Stellen ergeben in aller Regel kein konsistentes und repräsentatives Bild. Dennoch liefern sie wichtige Hintergrundinformationen.

#### *Durchführung der Interviews*

Das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung, Berlin, hat zusammen mit dem Institut für Weltwirtschaft, Kiel, im Zeitraum von Mitte Januar bis Mitte Februar 1991 26 Interviews bei Betrieben des Handwerks, bei Banken, Wirtschaftsverbänden und -kammern sowie bei staatlichen Stellen durchgeführt.<sup>1</sup>

Die Befragungen konzentrierten sich vorerst auf den Raum Berlin und das Land Brandenburg. Folgende Betriebe des Handwerks stellten sich für Interviews zur Verfügung:

- ein großes Berliner Dienstleistungsunternehmen mit verschiedenen Produktionsschwerpunkten,
- eine Produktionsgenossenschaft (PGH) mit Schwerpunkt Elektromechanik,
- zwei Produktionsgenossenschaften und zwei Einzelbetriebe mit Schwerpunkt Rundfunk- und Fernsehtechnik,
- vier Betriebe mit Schwerpunkt Kfz-Handel und -Instandsetzung,
- eine Produktionsgenossenschaft und zwei Einzelbetriebe mit Schwerpunkt in der Haar- und Schönheitspflege.

Darüber hinaus wurden mit folgenden Stellen Gespräche geführt:

- Bundesministerium für Post und Telekom, Außenstelle Berlin,
- Bundesministerium für Wirtschaft, Außenstelle Berlin,
- Unternehmer-Forum, Berlin,
- Deutsche Bundesbank, vorläufige Verwaltungsstelle Berlin,
- Berliner Industriebank AG,
- Unternehmerverband Berlin-Brandenburg,
- Industrie- und Handelskammer Berlin,
- Treuhandanstalt, Niederlassung Berlin,
- Bezirksamt Berlin-Lichtenberg,

<sup>1</sup>

Weitere sechs Interviews fanden Ende Februar statt und wurden hier nicht mehr berücksichtigt.

- Landratsamt Oranienburg und
- Handwerkskammer Potsdam.

Die Interviews wurden anhand von standardisierten Fragespiegeln vorgenommen; teilweise wurden auch spezifische Frageziele verwendet, so bei den Interviews mit örtlichen Verwaltungsbehörden.

Bei zwei Dritteln aller Interviews konnten auch betriebsbezogene quantitative Angaben ermittelt werden. Die Ergebnisse weisen aber eine große Streubreite auf und sind vermutlich nicht repräsentativ. Generell hat es sich aber als schwierig erwiesen, die Betriebe zur Auskunft zu bewegen. Es ist dem engagierten Einsatz der Handwerkskammer Potsdam zu verdanken, daß eine Reihe von Betrieben überhaupt bereit war, Angaben über Umsatz, Investitionen und Beschäftigung zu machen.

Bei den nächsten Befragungen soll der Berichtskreis regional und branchenmäßig erweitert werden. Auch sollen in Abständen Wiederholungsbefragungen bei gleichen Betrieben stattfinden.

### *Bisherige Ergebnisse*

Die Anpassungsaufgaben in den überwiegend handwerklichen Dienstleistungsbetrieben sind im wesentlichen die folgenden:

- Entflechtung und Privatisierung der ehemaligen volkseigenen Dienstleistungsbetriebe, Umwandlung der Produktionsgenossenschaften in andere Rechtsformen, Gründung neuer Betriebe;
- Umstrukturierung der Angebotspalette durch Aufgabe nicht mehr rentabler Produktionen und Aufbau neuer, marktgerechter Produktionen, Ausweitung des Geschäftsbereichs vor allem auf Handelsaktivitäten sowie auf die Erbringung von Dienstleistungen für Unternehmen.

Alles in allem lassen sich drei Hauptgruppen von Unternehmen unterscheiden:

- ehemalige volkseigene Kombinatbetriebe, die mit der Entflechtung — und häufig heißt das mit der Liquidierung von Betriebsteilen — beschäftigt sind;
- Produktionsgenossenschaften, die — durch Anpassung an die veränderten Marktverhältnisse — meistens ums Überleben kämpfen;
- Neugründungen, die ihre Marktnischen suchen und oftmals auch finden.

Dieser Umstrukturierungsprozeß zeitigt zunächst per saldo negative Beschäftigungswirkungen, weil die ersten beiden Typen überwiegend Arbeitsplätze abbauen, der dritte Typ aber vorerst nur wenige neue Arbeitsplätze schafft.

In allen befragten Unternehmen steht die Anpassung an die veränderten Marktbedingungen im Vordergrund. Das ist einigen Betrieben bereits gelungen, vielen aber noch nicht. Kleinere Einheiten, vor allem private Handwerksbetriebe, haben die Umstellung rascher bewältigt als große. Vor allem Betriebe mit einem sehr breiten und heterogenen Dienstleistungsangebot (zu einem großen Dienstleistungskombinat gehörten unter anderem diverse Friseurgeschäfte, eine Puppenklinik, eine Schirmreparaturwerkstatt, eine Partnervermittlungsgesellschaft und ein Bürogeräteservice) tun sich in dieser Hinsicht schwer.

Zu den wesentlichen Maßnahmen, die bisher ergriffen wurden, zählen:

- die Reduzierung der Beschäftigtenzahl (vor allem bei Verwaltungsangestellten, aber auch bei Facharbeitern) und die Umsetzung von Arbeitskräften (so sind in einer PGH von einstmalig 80 Beschäftigten des Reparaturbereichs nur noch 28 übrig geblieben; 32 Reparaturmechaniker wurden umgeschult und in neue Fachhandelsgeschäfte umgesetzt);
- die Schaffung eines neuen Produktionsprofils (so wurde in einem großen Dienstleistungsbetrieb das Repassieren von Strümpfen und das Reparieren von Schirmen eingestellt; neue Felder sind die

Grundstücksvermarktung, die Wartung von Industrieanlagen, die Ausführung von Wach- und Schließdiensten sowie die Durchführung von Umschulungsmaßnahmen);  
 — die Modernisierung des Maschinen- und Fahrzeugparks und der Gebäude (fast alle Betriebe haben dafür 1990 kräftig investiert; 1991 sollen die Investitionssummen weiter aufgestockt werden).

Als das Hauptproblem werden von den Betrieben die ungeklärten Eigentumsfragen genannt. Häufig fehlt somit die langfristige Perspektive. Die Finanzierung von Investitionen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze werden dadurch erschwert. Große Sorge bereitet die starke Anhebung der Mieten für Gewerberaum.

Von den Kommunen wird vor allem die Tätigkeit der Treuhand bei der Vergabe von Grundstücken kritisiert. Die Kommunen bemängeln, daß ihre Mitspracherechte nicht ausreichen. Teils würde die Freigabe dringend benötigter Flächen blockiert, teils würden Flächen für Zwecke vergeben, die nicht den Vorstellungen der Kommunalverwaltung entsprechen. Die verfügbaren Mittel für die Wirtschaftsförderung werden als unzureichend angesehen; ihre Aufstockung wird gefordert.

## 2. Fallstudien im verarbeitenden Gewerbe

Ziel der empirischen Arbeit war es, Problemlagen und Verhaltensmuster der Firmen zu identifizieren. Dazu wurden 23 Fallstudien durchgeführt. Hinzu kamen zahlreiche Gespräche mit der Treuhandanstalt, mit Consultingunternehmen und Repräsentanten von Kammern, Verbänden und Banken.

Die besuchten 23 ostdeutschen Unternehmen befanden sich alle im Besitz der Treuhandanstalt. Bei der Auswahl wurde versucht, Branchen und Regionen möglichst vielfältig abzubilden (Übersichten 1 und 2). Die Feldphase begann Ende Januar. Die Befragungsteams setzen sich zusammen aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung bzw. des Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung und des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW). Den Interviews lagen detaillierte Gesprächsleitfäden zugrunde.

Übersicht 1 — In die Fallstudien einbezogene Unternehmen nach Wirtschaftsgruppen

Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	4
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	13
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	5
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	23

Übersicht 2 — In die Fallstudien einbezogene Unternehmen nach Bundesländern

Mecklenburg-Vorpommern	1
Sachsen-Anhalt	4
Brandenburg	4
Berlin	5
Sachsen	6
Thüringen	3
Unternehmen insgesamt	23

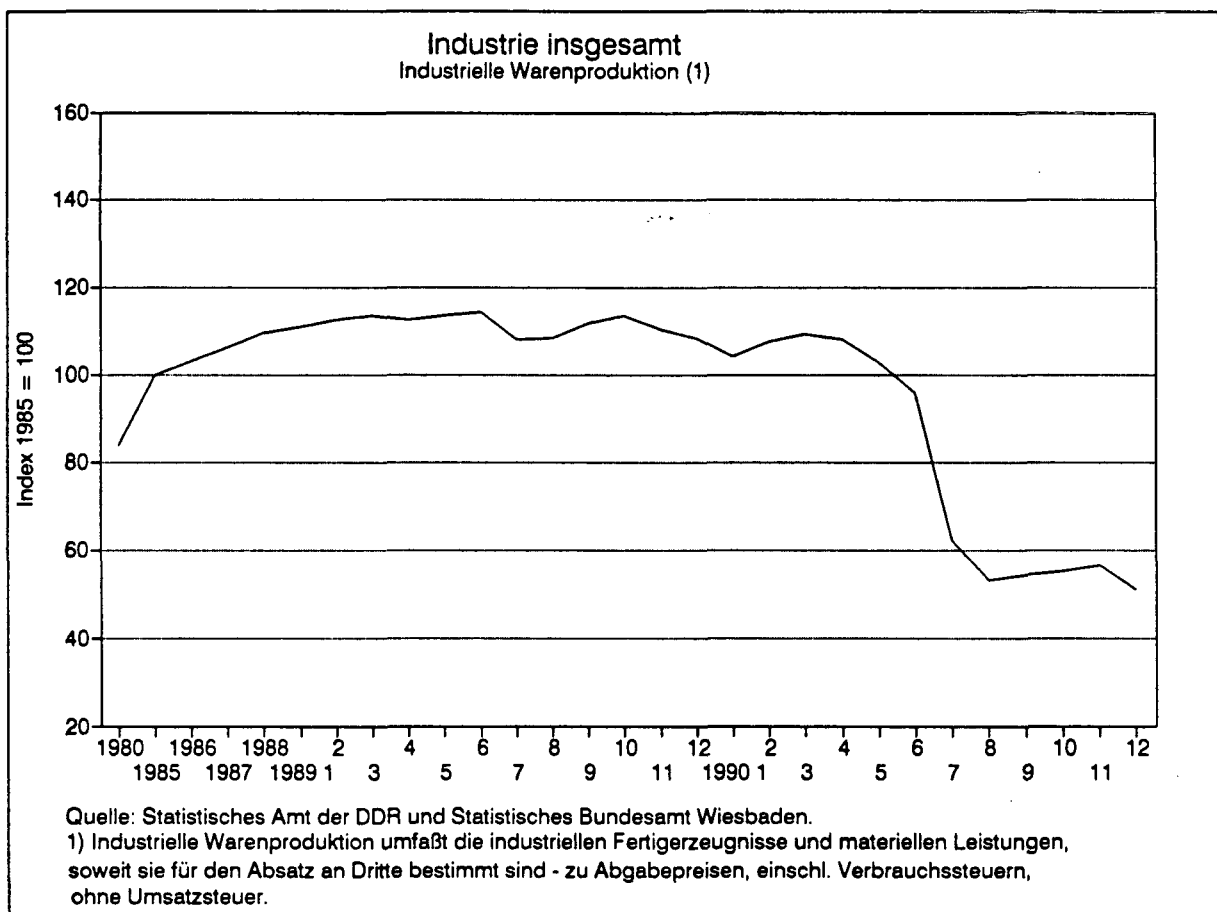
Die betrieblichen Fallstudien wurden vom IAW durch die Bereitstellung von Adressen, die Herstellung von Kontakten sowie eine Kurzcharakteristik der Unternehmen vorbereitet. In den Gesprächen wurde vor allem versucht, den aktuellen Stand der Anpassung an die neuen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

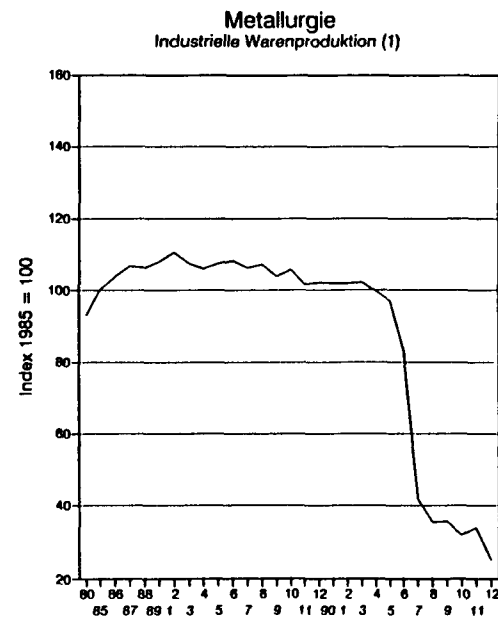
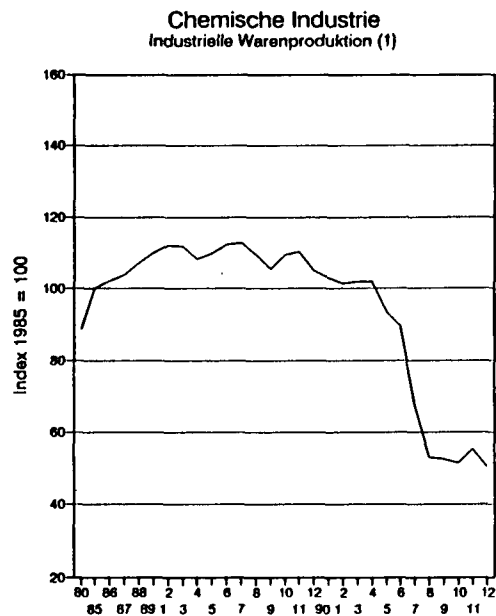
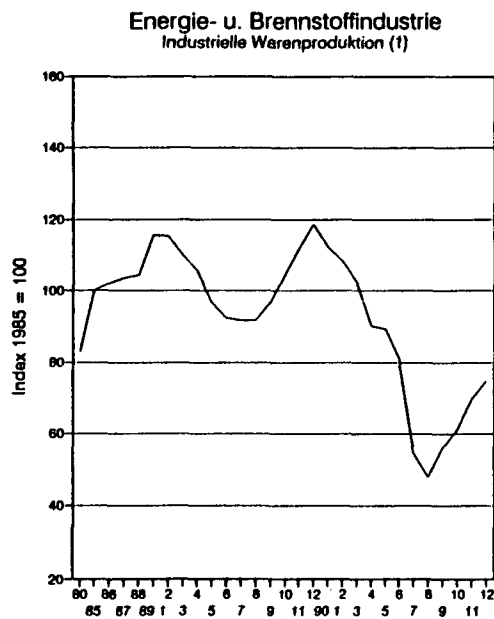
zu erfassen. Dazu wurden Informationen über die Funktion der Unternehmen vor Einführung der Währungsunion, ihre gegenwärtige Situation und ihre Perspektiven erfragt. Wichtigste Themenbereiche waren: Absatz, Beschäftigung, Finanzierung, Produktion, Forschung und Entwicklung, Kostenstruktur, Unternehmensberatung, Kenntnis und Auswirkungen der neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen, Infrastruktur, Bedarf staatlichen Handelns sowie die Rolle der Treuhandanstalt.

Im Rahmen der nächsten Untersuchungsphase wird das Berichtssystem weiter ausgebaut. Einerseits werden die bisher besuchten Unternehmen weiterhin beobachtet. Zugleich wird der Kreis der interviewten Unternehmen vergrößert. Vorrang hat dennoch die Konzipierung und Durchführung einer schriftlichen Befragung.

Eine wichtige Informationsquelle für betriebliche Daten ist die Treuhandanstalt; Vereinbarungen über den Datenzugang konnten noch nicht zum Abschluß gebracht werden. Gespräche mit den Industrie- und Handelskammern sowie Verbänden werden fortgesetzt, um auch regionale Aspekte berücksichtigen und Unternehmen, die nicht von der Treuhandanstalt verwaltet werden, beobachten zu können. Die erste umfassende schriftliche Befragung soll im Frühsommer stattfinden.

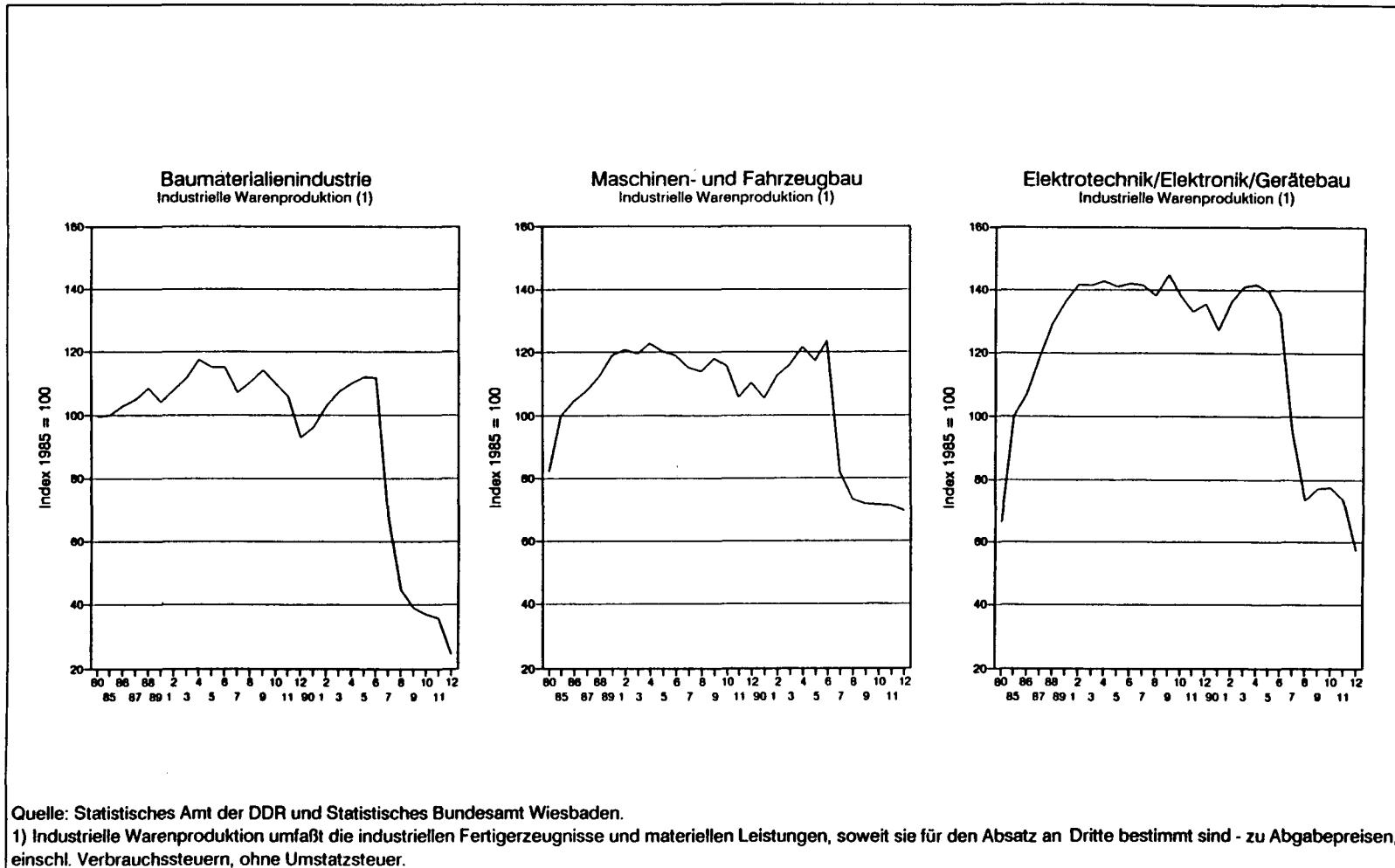
### 3. Anhangschaubilder



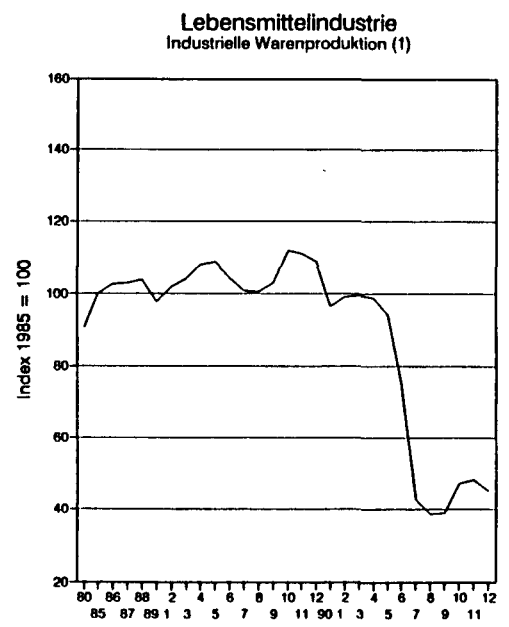
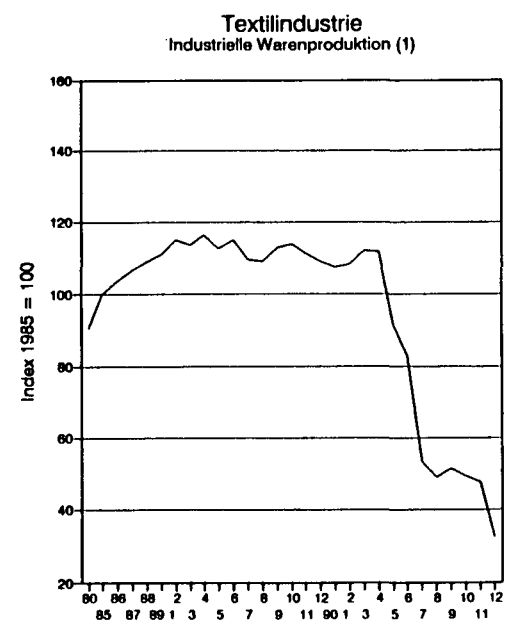
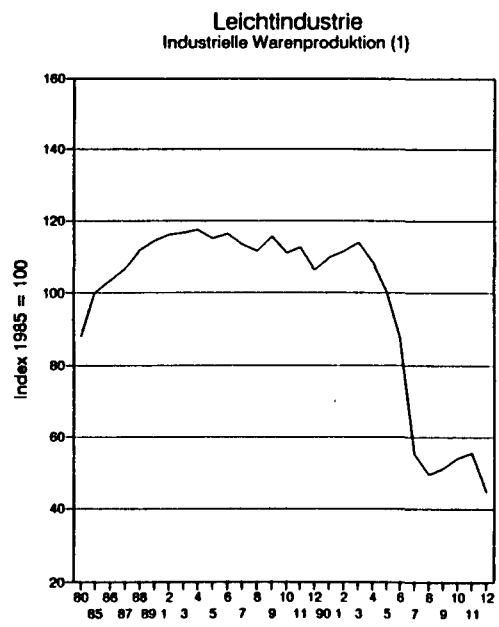


Quelle: Statistisches Amt der DDR und Statistisches Bundesamt Wiesbaden.

1) Industrielle Warenproduktion umfaßt die industriellen Fertigerzeugnisse und materiellen Leistungen, soweit sie für den Absatz an Dritte bestimmt sind - zu Abgabepreisen, einschl. Verbrauchssteuern, ohne Umsatzsteuer.







Quelle: Statistisches Amt der DDR und Statistisches Bundesamt Wiesbaden.

1) Industrielle Warenproduktion umfaßt die industriellen Fertigerzeugnisse und materiellen Leistungen, soweit sie für den Absatz an Dritte bestimmt sind - zu Abgabepreisen, einschl. Verbrauchssteuern, ohne Umsatzsteuer.